


www.laender-analysen.de/ukraine

REGIERUNGSKRISE ANTI-KORRUPTIONSINITIATIVEN

■ ANALYSE	
Zwei Jahre nach dem Euromaidan: Politische Turbulenzen und Vertrauenskrise in Kiew	2
Von Gerhard Simon, Köln	
■ UMFRAGE	
Aktuelle Wahlrends	6
Vertrauen in den Präsidenten und die Regierung	9
■ ANALYSE	
Aufbau einer neuen Anti-Korruptions-Struktur in der Ukraine: ein Überblick über Fortschritt und Schwierigkeiten	11
Von Halyna Kokhan, Kiew	
■ UMFRAGE	
Wahrnehmung der Korruption durch die Ukrainer	15
■ DOKUMENTATION	
Sechster Zwischenbericht über die Umsetzung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung	19
Mitteilungen des IMF zur Kooperation mit der Ukraine	20
OSZE: Aktuelle Entwicklungen zur Medienfreiheit in der Ukraine bereiten Sorgen	21
Die Internationale Journalisten-Föderation zur Freilassung von Maria Warfolomejewa	22
■ CHRONIK	
22. Februar – 6. März 2016	23



Forschungsstelle **Osteuropa**
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
Consulting

Zwei Jahre nach dem Euromaidan: Politische Turbulenzen und Vertrauenskrise in Kiew

Von Gerhard Simon, Köln

Zusammenfassung

Mitte Februar 2016 brachen seit längerer Zeit schwelende Konflikte innerhalb der Regierung und des Parlaments offen aus. Ein Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten scheiterte zwar, aber die Regierungskoalition zerfiel. Hintergrund ist eine tiefgreifende Entfremdung und Vertrauenskrise zwischen der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft, die sich um die Früchte der Revolution der Würde betrogen sieht.

Die »Show« vom 16. Februar 2016

Zum Feiern war kein Anlass und keine Zeit: Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem blutigen Ende des Euromaidan (18.–20. Februar 2014) und der Machtübernahme durch die Sieger kamen die seit langem schwelenden politischen Konflikte in Kiew offen zum Ausbruch: Präsident Petro Poroschenko forderte »seinen« Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk und »seinen« Generalstaatsanwalt Schokin zum Rücktritt auf. Das Parlament, die Werchowna Rada, erklärte in einem Beschluss die Arbeit der Regierung für »unbefriedigend«. Ein unmittelbar danach gestellter Misstrauensantrag gegen die Regierung fand jedoch im Parlament keine Mehrheit, wodurch alle vorhergehenden Aktionen in ein merkwürdiges Licht rückten (alle Ereignisse 16.2.2016). Die zwei kleineren Koalitionspartner »Vaterland« und »Selbsthilfe« traten aus der Vier-Parteien-Koalition aus, die damit faktisch aufhörte, zu bestehen. Der Parlamentspräsident erklärte jedoch nicht offiziell das Ende der Koalition, sodass die Krise in eine Hängepartie überging. In Kiew gibt es allerdings langjährige Erfahrungen mit Provisorien, Hängepartien und den nötigen Improvisationen.

Dennoch stellen die Vorgänge vom 16. Februar alles bisher Gewohnte in den Schatten: Sie verschärfen die Grabenkämpfe innerhalb der Koalition der Sieger vom Maidan, das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber der politischen Klasse wächst, die westlichen Partner sind aufgeschreckt und beunruhigt. Noch am Abend des 16. Februar machten Kommentatoren, darunter Mustafa Najem und Serhij Leschtschenko, beide Parlamentsabgeordnete des »Blockes Petro Poroschenko«, öffentlich, dass es sich nach ihrer Einschätzung um eine geschickt eingefädelte Intrige gehandelt hatte, die einen Neustart im Kampf gegen Korruption und Oligarchenherrschaft verhindern sollte, anstatt ihn voranzubringen, wie es auf den ersten Blick scheint.

Denn was war geschehen? In einer rechtlich folgenlosen Abstimmung votierten 247 Abgeordnete (die absolute Mehrheit beträgt 226 Abgeordnete) gegen die Regierung. Nur 15 Minuten später stimmten nur noch

194 Abgeordnete für den Misstrauensantrag gegen die Regierung, der deren Rücktritt zur Folge gehabt hätte, wäre er erfolgreich gewesen. Die namentliche Abstimmung lässt die Gründe erkennen: 22 Abgeordnete des »Blocks Petro Poroschenko« und 18 Abgeordneten des Oppositionsblocks, die zuvor die Arbeit der Regierung als »unbefriedigend« bewertet hatten, verweigerten dem Misstrauensantrag ihre Stimme (Ukraine-Analysen Nr. 164, S. 11f). Wer waren die Seitenwechsler? Nach Einschätzung der genannten Analytiker handelt es sich im Fall der Präsidentenpartei um enge politische Weggefährten und Geschäftsleute aus der unmittelbaren Umgebung Poroschenkos, denen signalisiert worden war, sich nicht dem Misstrauensvotum anzuschließen. Der Oppositionsblock andererseits besteht aus den Resten der »Partei der Regionen«, also der Partei der Macht zu Zeiten von Janukowitschs. Nur acht der 43 Abgeordneten des Oppositionsblocks unterstützten das Misstrauensvotum gegen die Regierung Jazenjuk, die doch angeblich ihr schärfster politischer Gegner ist. Dies wird nur erklärbar, wenn man unterstellt, dass es im Oppositionsblock erhebliche, von den Oligarchen gesteuerte Kräfte gibt, die am Fortbestand der Regierung Jazenjuk ein Interesse haben.

Die Bilanz der »Show« vom 16. Februar lautet: Poroschenko und seine politische Umgebung wollten der Gesellschaft Handlungsfähigkeit demonstrieren und Luft aus dem Kessel der immer schärfer werdenden inneren Spannungen ablassen, eine Ablösung der Regierung und einen Kurswechsel im Kampf gegen Oligarchen und Korruption wollten sie nicht. Ob dieses Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten. Zweifel sind angebracht; aber die Autorität des Präsidenten hat gelitten, und ob das Parlament eine neue handlungsfähige Koalition zustande bringt, ist ungewiss.

Wie konnte es zu dieser Krise kommen? Die zweite Regierung Jazenjuk war schließlich nach erfolgreichen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 mit einer soliden Mehrheit im Parlament – Dreiviertel der Abgeordneten wählten ihn im November 2014 zum Regierungschef (Ukraine-Analysen Nr. 143, S. 7) – und getra-

gen von den Hoffnungen und Erwartungen in großen Teilen der Gesellschaft an den Start gegangen.

Die Leistungen und Errungenschaften der Poroschenko/Jazenjuk-Führung

Präsident und Regierung haben große Verdienste an der Ukraine in den zwei Jahren seit der Revolution der Würde; das Land hat sich innen- und außenpolitisch weit entfernt von den Verhältnissen im Herbst 2013. Die Integration nach Westen ist ein großes Stück vorangekommen. Das betrifft zunächst die EU, mit der das Assoziationsabkommen geschlossen wurde, das am 1. Januar 2016 vorläufig in Kraft getreten ist (Ukraine-Analysen Nr. 162). Aber auch die Zusammenarbeit mit den USA und Kanada erreichte eine zuvor undenkbbare Intensität, ebenso die Kooperation mit den internationalen Finanzinstitutionen, auf deren Unterstützung die Ukraine angewiesen ist. Derzeit ist allerdings die Zusammenarbeit mit dem IWF vorübergehend unterbrochen. Die Generaldirektorin des IWF Christine Lagarde macht den schleppenden Fortgang der Reformen und die Korruption dafür verantwortlich (s. Dokumentation auf S. 20).

Praktisch vom ersten Tag an mussten die Sieger vom Maidan auf der Krim und im Donbass Krieg führen gegen die von Russland militärisch, finanziell und politisch geführten Separatisten. Der Aufbau einer ukrainischen Armee, die es faktisch im Frühjahr 2014 nicht gab, verschlang erhebliche Mittel (Ukraine-Analysen Nr. 156), die für Reformen dann nicht zur Verfügung standen. Zehntausende von Freiwilligen und die Freiwilligen-Bataillone verstärkten den militärischen Widerstand (Ukraine-Analysen Nr. 150). Zwar flauten die Kämpfe in jüngster Zeit ab, aber noch immer wird täglich geschossen; es gibt Tote und Verwundete (Ukraine-Analysen Nr. 164). Es gehört auch zu den Verdiensten dieser Regierung, dass es – entgegen vielfacher Befürchtungen im In- und Ausland – gelungen ist, die Freiwilligen-Bataillone in die Nationalgarde einzugliedern. Es gibt keine vagabundierende Soldateska, das Gewaltmonopol des Staates steht nicht in Frage. Ein Teil der Freiwilligen-Bataillone ist politisch dem rechtsextremen nationalistischen Spektrum zuzurechnen. Auch hier ist es der Führung in Kiew gelungen, durch geschicktes Vorgehen die Gefahren zu bannen. Der zeitweise von Feind und Freund geradezu als existentielle Bedrohung für die Ukraine stilisierte »Rechte Sektor« zerfällt; der Gründer Dmytro Jarosch ist ausgetreten. Zwar gibt es extrem nationalistische Gruppierungen, aber sie sind in der Ukraine schwächer als in vielen anderen Ländern Europas und zumal als in Russland. Dazu hat die umsichtige Politik der Führung Poroschenko/Jazenjuk beigetragen.

Der Einstieg in Wirtschaftsreformen ist gelungen, wenn auch die Dynamik zu wünschen übrig lässt. Insbe-

sondere der Gasmarkt wurde marktwirtschaftlich reorganisiert, obwohl das unpopulär war; Zwischenhändler wurden ausgeschaltet. Für alle öffentlichen Beschaffungen wurde ein elektronisches System eingeführt, das der weit verbreiteten Korruption entgegenwirkt (s. Beitrag von Halyna Kokhan auf S. 11). Nach Einschätzung der Regierung sind die Weichen für ein Wirtschaftswachstum von 2016 an gestellt.

Viel Anerkennung hat die Polizeireform gefunden, die seit 2015 nach und nach in allen Landesteilen durchgeführt wird. Alle früheren Milizangehörigen mussten sich einer Überprüfung und Zusatzausbildung unterziehen oder aus dem Dienst ausscheiden. Tausende von neuen Polizeibeamten, ein Viertel von ihnen Frauen, wurden eingestellt. Sie erhalten eine qualifizierte Ausbildung, werden besser bezahlt und gelten als nicht bestechlich.

Vertrauenskrise im Parlament und in der Regierung

Trotz der positiven Errungenschaften überwiegen in der Gesellschaft und im kritischen Teil des Establishments Frustration, Enttäuschung und Empörung über fehlende Reformfortschritte, ausbleibende ökonomische Verbesserungen und vor allem über die allgegenwärtige Korruption. Es ist nicht gelungen, entscheidende Schritte zur Trennung von Wirtschaft und Politik einzuleiten. Die Privatisierung zahlreicher Staatsbetriebe steht erst noch bevor. Die zumeist in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Oligarchen haben nach wie vor im Parlament »ihre« Abgeordneten und zwar in verschiedenen Parteien. Sie besitzen und steuern Fernsehkanäle und damit die öffentliche Meinung (Ukraine-Analysen Nr. 163, S. 10). Intransparenz und Hinterzimmerabsprachen beherrschen die Politik, insbesondere in wirtschaftlich relevanten Fragen. Konkurrenz und Wettbewerb bleiben auf der Strecke.

Das »System« ist also auch nach dem Euromaidan nicht verschwunden. Aber es gibt einen zweifachen Unterschied zu den Jahren vor 2013: Einzelne Radikalreformer haben heute Sitz und Stimme in den Institutionen der Macht und sogar in der Justiz, und sie verlangen Systemänderungen – von ihnen wird gleich die Rede sein. Zum anderen ist in vielen Bereichen eine starke Zivilgesellschaft aktiv, die eben nicht wie nach der Orangen Revolution 2005 wieder nach Hause gegangen ist. Sie artikuliert sich in den Massenmedien, den sozialen Netzwerken und hat zahlreiche Monitoring-Gruppen aufgebaut, die der Politik ständig und penetrant auf die Finger sehen und sich als Lobby für Reformen verstehen. Natürlich bleibt das Dilemma bestehen: Die Zivilgesellschaft kann nicht den demokratischen Staat regieren, auch wenn manche zivilgesellschaftliche Gruppen davon träumen.

Ein führender Radikalreformer in der Regierung, von Poroschenko persönlich empfohlen und bisher unterstützt, war Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius. Die seit Monaten hinter den Kulissen schwellenden Konflikte innerhalb der Regierung und der sie tragenden Koalition im Parlament traten mit der sensationellen Rücktrittserklärung von Abromavičius am 3. Februar 2016 offen zu Tage. Der im In- und Ausland als Garant für Reformen und Unbestechlichkeit hochgeschätzte Minister erklärte, es werde seit Monaten auf ihn und seine Mitarbeiter von Seiten des Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des »Blocks Petro Poroschenko« im Parlament, Ihor Kononenko, Druck ausgeübt, bestimmte Personen auf leitende Posten in lukrativen Staatsbetrieben zu ernennen, die dort Zugriff haben würden auf bedeutende Finanzströme. Der letzte Tropfen, der für Abromavičius das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war offenbar der ihm telefonisch aus der Administration des Präsidenten vortragene »Wunsch«, einen eigenen Stellvertreter im Wirtschaftsministerium zu haben, der für die Staatsunternehmen zuständig sein sollte. Dieser Kandidat erschien im Wirtschaftsministerium und stellte sich als Stellvertreter des Ministers aus dem »Kommando von Kononenko« vor, wie Abromavičius der Presse berichtete. Kononenko selbst bestreitet jedes Fehlverhalten und wirft dem Minister »Hysterie« vor.

Das Rücktrittsgesuch von Abromavičius löste einen Sturm der Entrüstung aus. In einer gemeinsamen Erklärung drückten 12 Botschafter befreundeter westlicher Länder, darunter der deutsche und der amerikanische Botschafter in Kiew, ihr »tiefes Bedauern« darüber aus, dass ein Mann aus der Regierung ausscheidet, der echte Resultate bei Reformen in der Wirtschaft und der Bekämpfung der chronischen Korruption vorzuweisen habe.

In einer eilig einberufenen Sondersitzung des Kabinetts gelang es dem Ministerpräsidenten, vier weitere Minister, die zuvor ebenfalls ihren Rücktritt eingebracht hatten, zur Rücknahme ihrer Rücktrittsgesuche zu bewegen (Oleksandr Kwitashwili, Minister für Gesundheitswesen, Andrij Pywowarski für Infrastruktur, Jurij Stets für Information, Oleksij Pawlenko für Landwirtschaft). Aber der Wirtschaftsminister nahm sein Rücktrittsgesuch nicht zurück und ist seither geschäftsführend im Amt. Nach der ukrainischen Verfassung kann nur das Parlament ein Rücktrittsgesuch akzeptieren oder ablehnen.

Abromavičius ist nicht der einzige Radikalreformer in der Exekutive. Auch die Erste Stellvertretende Innenministerin, Kateryna Zguldze, verantwortlich für die Polizeireform, übte scharfe Kritik an der ukrainischen Justiz und sagte, an die Öffentlichkeit gewandt: »Ver-

trauen Sie uns nicht. Vertrauen Sie insbesondere nicht den Worten. Beurteilen Sie uns nach den Taten und zwar streng«. Ohne den fortdauernden Druck der ukrainischen Zivilgesellschaft und der westlichen Partner wird es keine Überwindung des postsowjetischen Systems geben.

Es sei noch einmal betont, dass die dargestellten Konflikte und schwerwiegenden Beschuldigungen nicht zwischen Regierungskoalition und Opposition ausgetragen werden, sondern innerhalb der regierenden Parlamentsmehrheit. Die Folgen bleiben begrenzt. Ihor Kononenko, einer der führenden Politiker der Fraktion des Präsidenten, ist nach wie vor im Amt und bestreitet alles.

Mykola Martynenko allerdings, ein Parlamentarier von Jazenjuks »Volksfront«, legte nach massiven Korruptionsvorwürfen der ukrainischen Medien im Dezember 2015 sein Parlamentsmandat nieder. Trotzdem beteuert er natürlich seine Unschuld. Im Fall Martynenko dürfte der Druck auch deshalb zu stark geworden sein, weil gegen ihn in der Schweiz und in Tschechien strafrechtliche Untersuchungen wegen Bestechung laufen. Die Verschleißerscheinungen infolge der Vertrauenskrise zwischen politischer Klasse und Gesellschaft trafen besonders Ministerpräsident Jazenjuk und seine Partei »Volksfront«. Sein persönliches Rating und das seiner Partei liegen bei Umfragen weit unter 5 %, das würde im Fall von Neuwahlen also nicht mehr zum Einzug in das Parlament reichen. Demgegenüber hat sich Poroschenko trotz der massiven öffentlichen Vorwürfe gegen ihn und seine Politik des »Sowohl-als-auch«, die manche Hinterzimmerabsprachen zur Machterhaltung nennen, relativ gut in den Umfragen behaupten können (s. Tabelle 1 auf S. 6). Er profiliert sich als der »Moderator des defensiven Oligarchats« (Konrad Schuller).

Unreformierbare Justiz? Die Generalstaatsanwaltschaft

Die Reform der Justiz bleibt am weitesten hinter den Erfordernissen beim Aufbau einer modernen europäischen Gesellschaft zurück. Das mag auch mit dem sowjetischen Erbe zusammenhängen; damals war die Justiz lediglich die Magd der kommunistischen Partei. Es scheint, die postkommunistischen Reformer unterschätzen bis heute die Schlüsselrolle einer Justizreform. Dies zeigt ein Blick auf Georgien, wo bei der Reform von Wirtschaft und Politik große Fortschritte erreicht wurden, die aber durch die nicht zureichend reformierte Justiz bedroht bleiben.

Dem Generalstaatsanwalt kommt bei der Korruptions- und Verbrechensbekämpfung eine Schlüsselrolle zu. Manche Vorgänge legen jedoch den Schluss nahe, dass Interessenwahrnehmung vor Verbrechensbekämpfung

fung rangiert. Derzeit steht mit Wiktor Schokin bereits der dritte Generalstaatsanwalt in der Post-Maidan-Zeit vor seiner Ablösung. Jedenfalls hat er nach Aufforderung durch Präsident Poroschenko am 3. Februar ein Rücktrittsgesuch eingereicht, das allerdings bis heute nicht vom Parlament behandelt wurde. Sowohl Vertreter der Zivilgesellschaft als auch westliche Partner fordern seit Monaten auch öffentlich Schokins Entfernung aus dem Amt, weil er ein Hindernis bei der Bekämpfung der Korruption sei.

Dazu ein Beispiel: Im Juli 2015 wurden bei einem Antikorruptionseinsatz zwei hochrangige Staatsanwälte auf frischer Tat ertappt. Man fand bei ihnen Bargeld in Höhe von 500.000 US-Dollar sowie Schmuck und Edelsteine im Wert von 700 US-Dollar. Seither heißt diese Affäre in der Öffentlichkeit der Fall der »diamantenen Staatsanwälte«. Die Initiative zu dieser Säuberung im eigenen Haus ging von zwei Stellvertretern des Generalstaatsanwalts, David Sakwarelidze und Witalij Kasko, aus. Von Schokin wurde dagegen massiver Druck auf seine Stellvertreter ausgeübt, die Untersuchung einzustellen. Die Untersuchungsrichter im Fall der »diamantenen Staatsanwälte« wurden ihrerseits mit Strafverfahren bedroht. Schließlich verbot Schokin seinem Stellvertreter Kasko eine Dienstreise in die USA und entzog ihm alle Funktionen in der Generalstaatsanwaltschaft. Daraufhin trat Kasko am 15. Februar 2016 zurück. Auch in diesem Fall spielte Ihor Kononenko, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender des »Blocks Petro Poroschenko« im Parlament, als grauer Kardinal im Hintergrund eine Rolle. Er habe, so Kasko nach seinem Rücktritt, massiv versucht, auf Untersuchungsergebnisse der von ihm geführten Verfahren Einfluss zu nehmen. Schokin sei der Erfüllungsgehilfe von Kononenko gewesen.

Der Versuch einer Reform der Staatsanwaltschaft im Jahr 2015 brachte nur mäßige Erfolge. Durch eine Lustration und Neubesetzung der örtlichen leitenden Staatsanwaltschaftspositionen sollten möglichst viele neue Juristen in Leitungsfunktionen kommen. Nach einem komplizierten Auswahlverfahren stellte sich im Dezember 2015 heraus, dass alle 154 »neuen« leitenden Staatsanwälte auf lokaler Ebene bereits zuvor Staatsanwälte gewesen waren, die meisten auch vorher in leitender Stellung. Eine Kadererneuerung fand also nicht statt. Lediglich die Zahl der Staatsanwälte wurde drastisch reduziert. Eine zivilgesellschaftliche begleitende Monitoring-Gruppe machte allerdings zur Erklärung auch deutlich, dass die angebotene Bezahlung sehr bescheiden war, sodass gute Juristen in der Wirtschaft wesentlich lukrativere Angebote finden.

Die Justiz leistet auch sonst vielfach Widerstand gegen die Erneuerung und gilt in der Öffentlichkeit als

Hort des postkommunistischen Systems, wenn nicht sogar der Diktatur von Janukowitsch. Bislang wurde kein einziger führender Mitarbeiter von Präsident Janukowitsch verurteilt. Im Februar 2016 weigerte sich das Petchersk Bezirksgericht in Kiew, eine Strafsache gegen Oleksandr Jefremow zu verhandeln, indem das gesamte Richterkollegium sich für nicht zuständig erklärte. Jefremow war bis Februar 2014 Vorsitzender der Parlamentsfraktion der »Partei der Regionen« und einer der engsten Weggefährten Janukowitschs. In der Strafsache geht es um Amtsmissbrauch und Korruptionsvorwürfe. Das gleiche Gericht hatte es im Januar 2016 abgelehnt, die Strafsache gegen die »diamantenen Staatsanwälte« zur Verhandlung anzunehmen.

Keiner der Todesschützen auf dem Maidan im Februar 2014 oder ihre Hintermänner wurden bisher verurteilt. Zwar gibt es Hunderte von Strafsachen und Tausende von Aktenordnern, aber bislang wurden lediglich in einem Fall die Entführer eines Demonstranten (Mychajl Hawryljuk) verurteilt. Eine mögliche Erklärung besteht wohl darin, dass hier Richter Verbrechen verurteilen sollen, die dem System Janukowitsch zuzurechnen sind, zu dem sie selbst gehört haben.

Die Entlassung einiger Richter, denen nachgewiesen wurde, dass sie während des Maidan Demonstranten unrechtmäßig verurteilten, dürfte kaum ausreichen, um eine gerichtliche Aufarbeitung der Diktatur Janukowitsch und ihres Endes zu gewährleisten. Deshalb fordern Innenminister Arsen Awakow und Ministerpräsident Jazenjuk die Entlassung sämtlicher Richter, ihre Lustration und gegebenenfalls Wiederbestellung – in einem ähnlichen Verfahren wie bei den Polizeibeamten.

Schlussfolgerung

Die Nichtaufarbeitung der Verbrechen vom Maidan wird von der Gesellschaft der Führung Poroschenko/Jazenjuk zugerechnet, zumal die Toten vom Maidan, die Hundertschaft im Himmel (*nebesna sotnja*), zu nationalen Märtyrern und neuen Identifikationsfiguren der Nation geworden sind. So schwelt die Vertrauenskrise fort, und sie erhält ständig neue Nahrung durch immer neue Korruptionsvorwürfe, die öffentlich gemacht werden. Natürlich können Außenstehende und auch die ukrainische Zivilgesellschaft in der Regel nicht beurteilen, ob die Korruptionsvorwürfe berechtigt sind. Solange es kein Vertrauen zu den Gerichten und keine gerichtlichen Verurteilungen gibt, haben die Beschuldigungen, zumal in der Ära der digitalen Netzwerke, die Tendenz, ins Riesenhafte zu wachsen: ein Teufelskreis.

Dringend geboten sind jetzt Schritte zur Überwindung der politischen Krise, auch so kann ein Beitrag zur Eindämmung der Vertrauenskrise geleistet werden. Das Parlament muss eine neue Mehrheitskoalition zusam-

menzubringen und neue Minister installieren, die nur vom Parlament eingesetzt werden können. Sollte das nicht gelingen, sind Neuwahlen denkbar, gegen die

sich aber bislang Präsident und Ministerpräsident wehren. Die Werchowna Rada wird am 15. März aus dem (wohlverdienten?) Urlaub zurückerwartet.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker, war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

UMFRAGE

Aktuelle Wahlrends

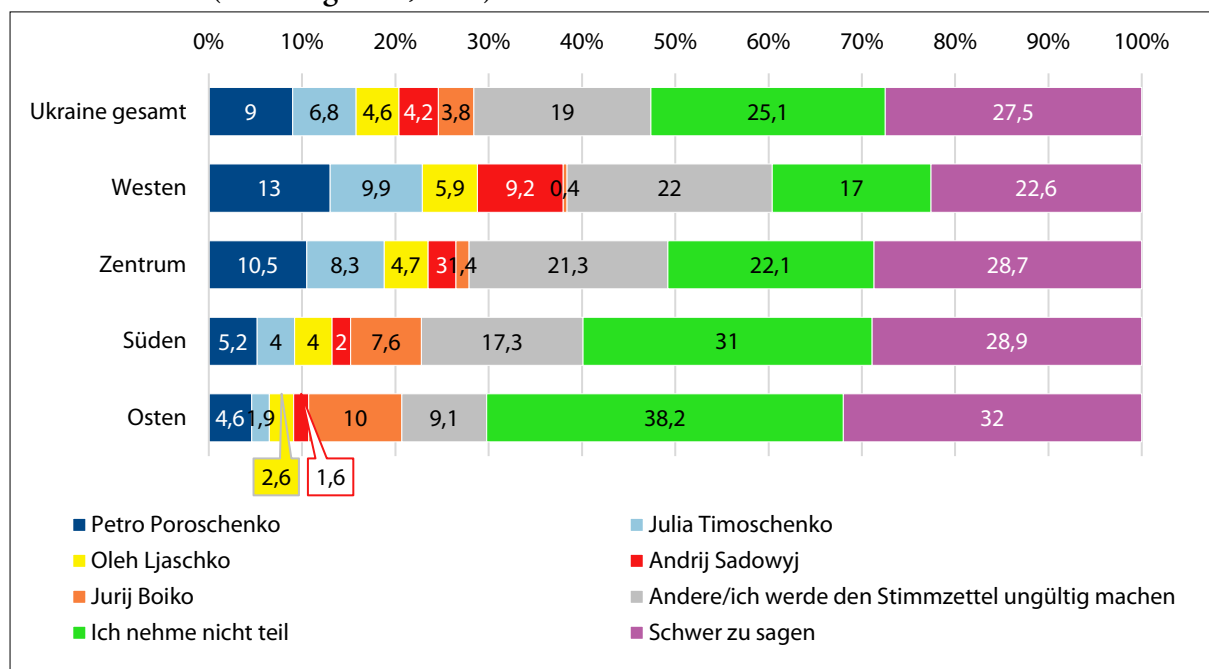
Tabelle 1: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (in %)

	Präsidentschaftswahlen 2014	% aller Wähler	% der Wähler, die sich entschieden haben
Petro Poroschenko	54,7	9	22,8
Julia Timoschenko	12,8	6,8	17,1
Oleh Ljaschko	8,3	4,6	11,5
Andrij Sadowyj	-	4,2	10,7
Jurij Boiko	-	3,8	9,6
Anatolij Hryzenko	5,5	3,5	8,8
Dmytro Jarosch	0,7	2,6	6,5
Serhij Tihipko	-	1,3	3,2
Oleh Tjahnybok	1,1	1,1	2,9
Henadij Korban	-	0,7	1,7
Petro Symonenko	1,5	0,5	1,3
Anderer	-	1,5	3,9
Ich nehme nicht teil	-	25,1	-
Schwer zu sagen	-	27,5	-
Ich würde den Stimmzettel ungültig machen	-	7,6	-

Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbas auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2020) vom 5. bis 16. Februar 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=602&page=1>>

Grafik 1: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (nach Regionen, in %)



Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbas auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2020) vom 5. bis 16. Februar 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=602&page=1>>

Tabelle 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären? (in %)

	Parlamentswahlen 2014	% aller Wähler	% der Wähler, die sich entschieden haben
Block Petro Poroschenko	21,8	6,9	16,6
Vaterland	5,7	6,3	15,1
Oppositionsblock	9,4	5,9	14,2
Selbsthilfe	11	4,9	11,8
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	7,4	4,2	10,3
Freiheit	4,7	2,6	6,2
Partei »Bürgerliche Position«	3,1	2,2	5,3
UKROP	-	1,6	3,9
Bewegung für eine Säuberung (M. Saakaschwili)*	-	1,5	3,6
Nationale Bewegung von Dmytro Jarosch	-	1,2	2,9
Volksfront	22,1	1	2,5
Wiedergeburt	0,2	0,4	1

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären? (in %) (Fortsetzung)

	Parlamentswahlen 2014	% aller Wähler	% der Wähler, die sich entschieden haben
Starke Ukraine	3,1	0,4	1
Rechter Sektor	1,8	0,4	0,9
Andere Parteien	5,5	1,8	1,2
Ich würde den Stimmzettel ungültig machen	-	7,6	-
Ich nehme nicht teil	-	26,4	-
Schwer zu sagen	-	24,7	-

**fiktive Partei, existiert nur als Bewegung*

Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbas auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2020) vom 5. bis 16. Februar 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=598&page=1>>

Tabelle 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären? (nach Regionen, in %)

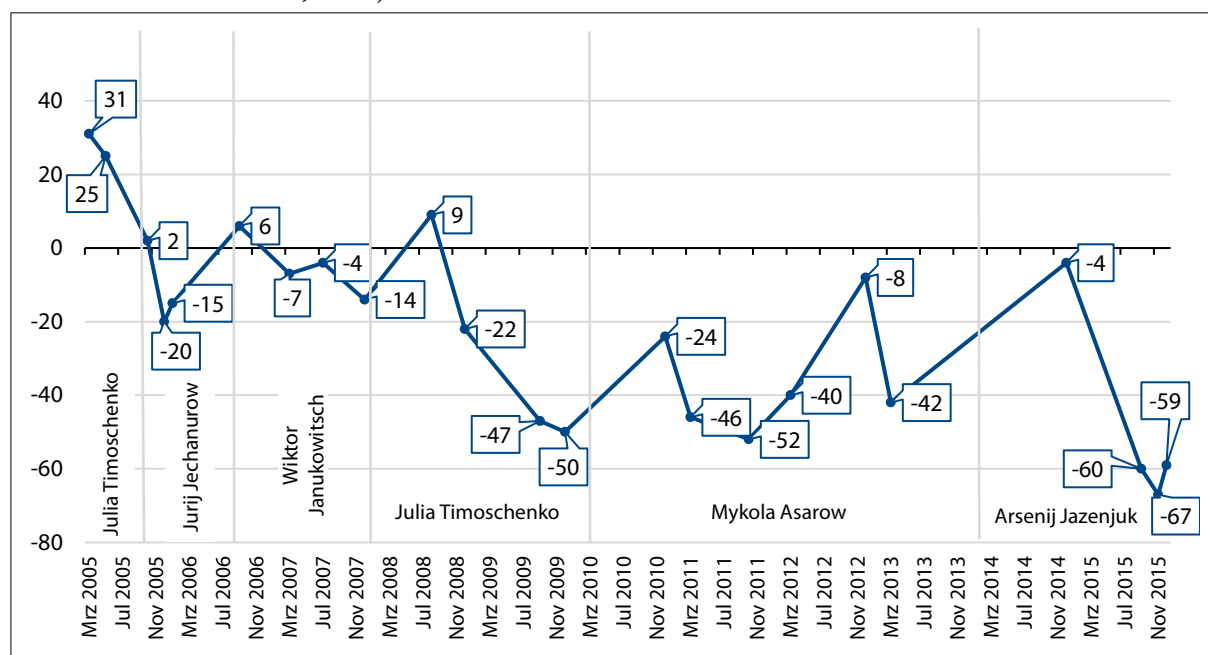
	Ukraine gesamt	Westen	Zentrum	Süden	Osten
Block Petro Poroschenko	6,9	8,8	8,7	4,1	3,2
Vaterland	6,3	8	8,3	4,1	1,3
Oppositionsblock	5,9	0,6	1,8	13,5	13
Selbsthilfe	4,9	9,5	3,9	2,2	3,1
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	4,2	6,8	3,4	3,8	2
Freiheit	2,6	5,9	2,5	0,4	0
Partei »Bürgerliche Position«	2,2	4,7	2,5	0	0,2
UKROP	1,6	2	0,3	3,4	0,8
Volksfront	1	1,9	1,2	0,4	0
Ich nehme nicht teil	26,4	19,7	22,7	31,1	41
Schwer zu sagen	24,7	22,1	26,7	24,1	25,8

Anmerkung: Hier sind nur ausgewählte Parteien angegeben. Die Umfrage wurde im Donbas auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird

Quelle: Repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2020) vom 5. bis 16. Februar 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=598&page=1>>

Vertrauen in den Präsidenten und die Regierung

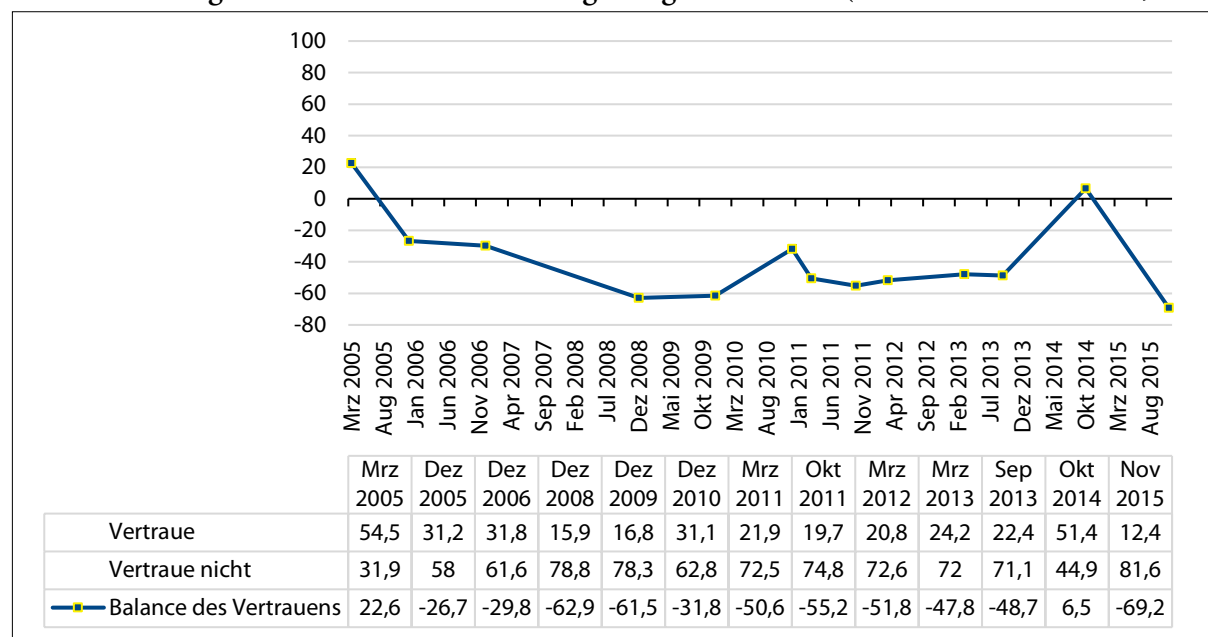
Grafik 1: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Ministerpräsidenten der Ukraine? (Balance des Vertrauens*, in %)



* als Differenz zwischen den Antworten »Völlig«/»Eher schon« und »Gar nicht«/»Eher nicht«

Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum für Soziales Monitoring (SMC), <<http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2016%2001%2014%20PR%201.pdf>>

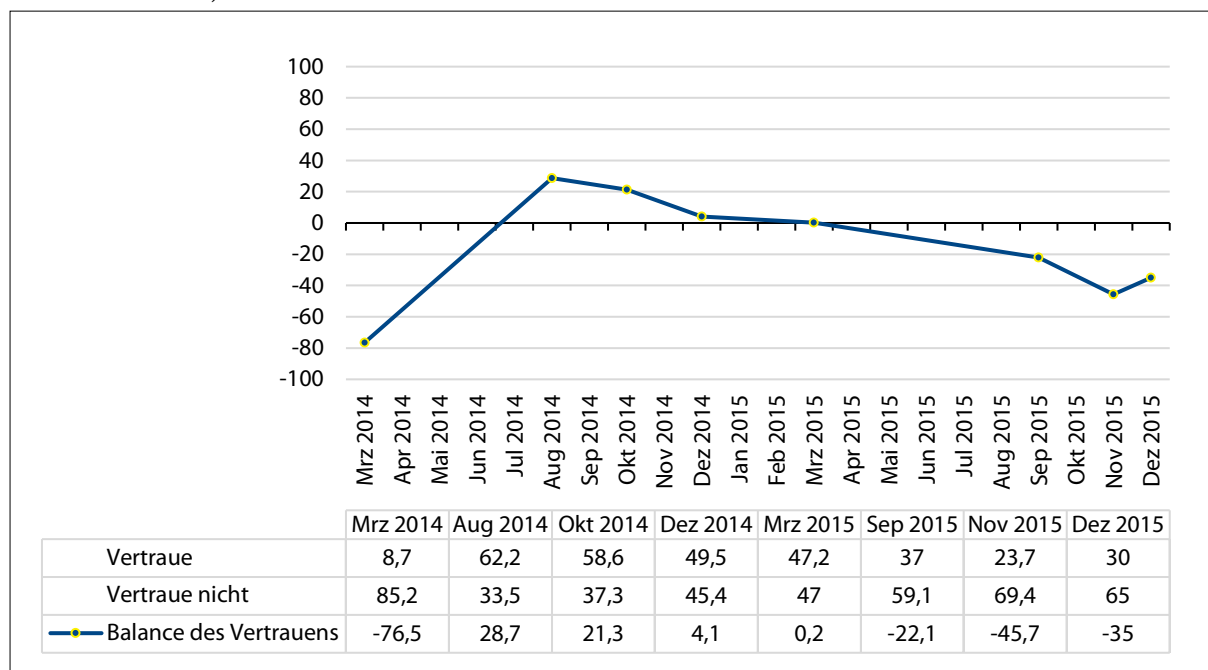
Grafik 2: Wie groß ist Ihr Vertrauen in die Regierung der Ukraine? (Balance des Vertrauens*, in %)



* als Differenz zwischen den Antworten »Völlig«/»Eher schon« und »Gar nicht«/»Eher nicht«

Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum für Soziales Monitoring (SMC). Zusammengestellt durch die Redaktion der Ukraine-Analysen.

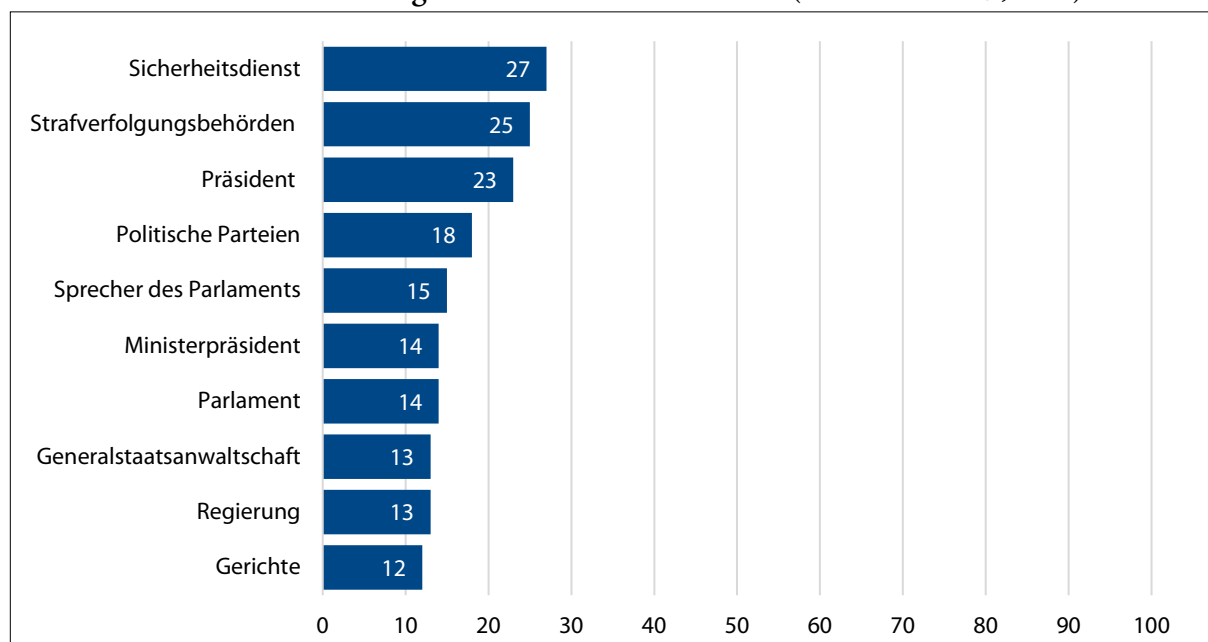
Grafik 3: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Präsidenten der Ukraine? (Balance des Vertrauens*, in %)



* als Differenz zwischen den Antworten »Völlig«/»Eher schon« und »Gar nicht«/»Eher nicht«

Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum für Soziales Monitoring (SMC). Zusammengestellt durch die Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 4: Vertrauen Sie den folgenden staatlichen Behörden? (November 2015, in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum für Soziales Monitoring (SMC), <<http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2016%2001%2014%20PR%201.pdf>>

Aufbau einer neuen Anti-Korruptions-Struktur in der Ukraine: ein Überblick über Fortschritt und Schwierigkeiten

Von Halyna Kokhan, Kiew

Zusammenfassung

Der unstete und umstrittene Prozess rund um die Entwicklung und Funktion aller Bestandteile des Anti-Korruptions-Systems in der Ukraine setzt sich fort. Während die speziell eingerichtete Anti-Korruptions-Ermittlungsbehörde ihr erstes Strafverfahren eröffnet hat, sind die Stellen in der Präventionsbehörde noch nicht einmal voll besetzt. Dennoch ist ein effektives und funktionierendes Anti-Korruptions-System bereits Anfang 2016 eine der wichtigsten Voraussetzungen der Visafreiheit für die Ukraine.

Einleitung

In den Jahren 2014–2016 kam die Ukraine an einen Scheideweg. Einerseits sieht sich das Land weiterhin vor der Herausforderung tiefgreifender demokratischer Reformen, wie sie während der Revolution der Würde gefordert wurden. Andererseits ist die Ukraine durch den ungelösten bewaffneten Konflikt im Osten und die Okkupation im Süden des Landes gebunden. Die strategischen Dokumente der Ukraine, einschließlich des Koalitionsvertrages, der Strategie 2020 und des Aktionsprogramms des Ministerkabinetts, haben über 60 Bereiche definiert, die einer Systemänderung bedürfen. Der Nationale Reformrat (NRR) hat für 2015 18 von ihnen den Vorrang gegeben. Dabei bildeten die Dezentralisierung, Korruptionsbekämpfung und juristische und Wahlreformen die Eckpfeiler. Bezugnehmend auf den letzten Bericht des NRR wurde geschätzt, dass 59 % des gesamten Reformplans zur Bekämpfung der Korruption im Jahr 2015 umgesetzt worden sind.

Korruption ist ein zentrales und systemisches Problem, das bereits dauerhaft die ökonomische und soziale Entwicklung und ebenso die Reformvorhaben in der Ukraine beeinträchtigte. Die Korruptionskontrolle, einer der Maßstäbe des »Worldwide Governance Indicators« der Weltbank, ist in den vergangenen fünf Jahren (2010–2014) fast unverändert geblieben. Nur 17 % aller Länder der Welt liegen hinter der Ukraine. Der »Corruption Perception Index« von Transparency International führte die Ukraine im Jahr 2015 auf dem 130. von 167 Rängen (mit 27 von 100 Punkten). Laut einer Erhebung von UNITER (Anti-Corruption Perception Survey) wird Korruption als das Ergebnis einer Reihe von Einflüssen und verschiedener Faktoren wahrgenommen und zwar: des Bedürfnisses von Politikern und Beamten, ihr öffentliches Amt zur persönlichen Bereicherung zu nutzen; des Fehlens eines politischen Willens auf jeder Ebene des politischen Prozesses (bis hin zu Präsident und Premierminister), die Korruption zu bekämpfen; und der Gewohnheit der Bürger, ihre Probleme mit Hilfe von Korruption zu lösen, z. B. in Form

von Bestechung etc. Nach einer Meinungsumfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew (IISK), die innerhalb des »Anti Corruption Perception Survey 2015«-Projektes von UNITER vom 15. August – 17. September 2015 durchgeführt wurde, halten 24 % der Befragten die einfachen Bürger für hauptverantwortlich, der Korruption entgegenzuwirken, obwohl alle Einwohner der Ukraine glauben, dass auf jeder Regierungsebene das Interesse fehlt, die Korruption zu bekämpfen. Was sich in den letzten beiden Jahren dramatisch verändert hat, ist, dass fast 65 % der Einwohner Bestechung nicht mehr rechtfertigen. Gleichzeitig halten 85,5 % der Ukrainer Korruption in der ukrainischen Gesellschaft für überaus weit verbreitet. Ein Drittel der Ukrainer glaubt sogar, dass Korruption häufiger ist, als vor dem Euromaidan (2013). Trotz der Kritik an Fällen von Vetternwirtschaft auf höherer Ebene, bestechen die Bürger regelmäßig Staatsbedienstete, um die ineffiziente Arbeit des öffentlichen Dienstes zu beschleunigen und sehen dabei selten wie die nachteilige Wirkung dieser kleinen Bestechungen eine umfassende Kultur des bad governance und der Straffreiheit nährt.

Die Anti-Korruptions-Gesetzgebung nach dem Euromaidan

Unabhängig von der soziologischen Dimension, liefern rechtliche und institutionelle Transformationen einige Hinweise auf den Fortschritt im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Nach fieberhaften Verhandlungen wurden im Oktober 2014 die wesentlichen Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Das Parlament verabschiedete das Gesetzespaket zur Korruptionsbekämpfung. Als Ergebnis gibt es in der ukrainischen Gesetzgebung gegenwärtig fünf Kernstücke zur Korruptionsbekämpfung.

Mit dem Gesetz »Über die Nationale Anti-Korruptions-Behörde der Ukraine« wird auf staatlicher Ebene eine 700 Mann starke Ermittlungsbehörde zur Unterdrückung der Korruption geschaffen, die zu Bestechungsfällen auf höherer Ebene ermitteln wird (die

entweder von hochrangigen Staatsbediensteten begangen wurden oder in denen es um erhebliche Geldbeträge geht).

Das Gesetz »Zu den Grundlagen einer Anti-Korruptions-Politik in der Ukraine (Antikorruptions-Strategie) für 2014–2017« sieht einen mittelfristigen Aktionsplan zur Anti-Korruptions-Arbeit vor, der solche Dinge wie die Messbarmachung von Interessenskonflikten im Management, die Einschätzung des Korruptionslevels, die Etablierung eines integren öffentlichen Dienstes, die Vermeidung von Korruption in Politik, Wirtschaft und Justiz, die Straffung der Vergabe öffentlicher Aufträge, etc. vorsieht. Der Nationale Aktionsplan zur Operationalisierung der Strategie ist bis Ende Januar 2015 vom Justizministerium in enger Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Dienststellen als auch der Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Das Gesetz »Zur Korruptionsprävention« sieht ein umfangreiches Verfahren der Korruptionsverhinderung, inklusive der Gründung einer Nationalen Agentur zur Verhinderung von Korruption (eine zentrale Regierungsbehörde für Korruptions-Prävention), vor. Außerdem beinhaltet es eine strengere Regelung bei Fällen von Interessenskonflikten, die Überprüfung von Vermögenswerten und Lebensstil, die Kontrolle der Ethik im öffentlichen Dienst, die Prüfung von Schenkungen, etc. Erwartet wurde, dass die Nationale Agentur zur Verhinderung von Korruption im April oder Mai 2015 ihre Tätigkeit aufnehmen könnte. Sie nahm ihre Arbeit aber immer noch nicht auf.

Das Gesetz »Zur Identifikation der letztbegünstigten juristischen Personen und öffentlichen Akteure« erlaubt die Aufdeckung von durch Briefkastenfirmen in Übersee verschleierte Identitäten sowie der eigentlichen Nutznießer eines Unternehmens.

Das Gesetz »Über die Änderung der Straf- und Strafprozessordnung der Ukraine zur zwingenden Haftung für Verbrechen gegen die Grundlagen der nationalen Sicherheit und für Korruptionsdelikte« führt die Idee von Gerichtsverfahren »in-absentia« gegen mutmaßliche Kriminelle, die wegen Schwerverbrechen, der Finanzierung von Terrorismus oder Geldwäsche (einschließlich früherer Funktionäre der Regierung Janukowitsch) angeklagt sind, ein.

Darüber hinaus führte das »Gesetz zu Open Data« im April 2015, den Begriff »Open Data« ein. Es ordnet an, dass Informationen in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt werden und dass der Öffentlichkeit eine Reihe nationaler Datenbanken zugänglich gemacht werden sollen, die wichtige öffentliche Daten enthalten (Informationen über öffentliche Beschaffung, das staatliche Verzeichnis juristischer Personen, städtische Bebauungspläne, etc.). Seit kurzem

können Informationen (mit der Möglichkeit der Suche nach Personennamen) über Eigentümer oder andere Rechteinhaber von Immobilien, Land oder Fahrzeugen, eingesehen werden. Solche Informationen müssen online frei zugänglich sein. Die Änderungen sollen die Festlegung und den Schutz des Eigentums sowie die Feststellung von Korruption und illegaler Bereicherung von Beamten erleichtern.

Im Oktober 2015 verabschiedete das Parlament komplexe Ergänzungen zu der Gesetzgebung, um die Transparenz der Finanzierung politischer Parteien und Wahlkampagnen zu gewährleisten (s. Ukraine-Analysen 164). Das Gesetz ermöglicht eine staatliche Finanzierung von Parteien in Abhängigkeit von der Anzahl ihrer Wählerstimmen bei den Parlamentswahlen und berücksichtigt auch die Parteien, die in der Vergangenheit an der Prozhurde gescheitert sind. Ein System der Transparenz durch Rechenschaftslegung der Parteien und die staatliche Aufsicht über die Parteienfinanzierung wurde realisiert. Bei korrekter Umsetzung des Gesetzes kann dies entscheidende Konsequenzen für das politische System des Staates haben.

Im November 2015 machte das Parlament einen erneuten Versuch, die Schaffung eines politischen Umfeldes zur besseren Korruptionsbekämpfung in der Ukraine endgültig abzuschließen und stimmte für das Gesetz zur Gründung einer Behörde zur Vermögensrückgewinnung, das Gesetz zur außerordentlichen Konfiskation des Besitzes korrupter Beamter sowie für das Gesetz zur Beschlagnahme von Vermögen. Alle drei Gesetze waren maßgeblich für die Annahme der Rahmenbedingungen des Plans zur Visa-Liberalisierung für die Ukraine. In der Behörde für Vermögensabschöpfung sollen gewählte Vertreter beschlagnahmte Vermögenswerte verwalten, mit anderen Ländern kooperieren und an der Vertretung ukrainischer Interessen an ausländischen Gerichtshöfen teilhaben. Das Gesetz zur Vermögenshaftung erlaubt die Beschlagnahme eines Vermögens, das als Beweis einer Straftat oder krimineller Aktivitäten dienen könnte. Das Gesetz zur besonderen Beschlagnahme des Besitzes setzt den Akzent auf Bestechungsversuche, Geldwäsche, Terrorismus, Drogenhandel und verwandte Straftaten.

Die derzeitige Anti-Korruptions-Struktur in der Ukraine

Nach der Einführung der neuen Gesetzgebung zur Korruptionsprävention und –ermittlung hat sich das Feld der Akteure im Bereich der Korruptionsbekämpfung verändert. Seit Mitte 2015 sieht die neu geschaffene Struktur wie folgt aus:

Der Nationale Rat für Korruptionsbekämpfung

Der Nationale Rat für Korruptionsbekämpfung wurde 2014 als Beratungsgremium unter dem Präsidenten der

Ukraine geschaffen. Er hat de jure, jedoch nicht de facto wirkliche Macht, weil die Arbeit des Rates nicht operationalisiert und nicht in die Strukturen zur Korruptionsbekämpfung in der Ukraine eingebunden ist. In Einklang mit dem Gesetz ist der Rat befugt: 1) Vorschläge zur Etablierung, Aktualisierung und Verbesserung der Anti-Korruptions-Strategie auszuarbeiten und zu unterbreiten; 2) eine systemische Analyse der Korruptionsprävention und -bekämpfung, der Effizienz der Umsetzung der Anti-Korruptions-Strategie und der Bemühungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption durchzuführen; 3) vereinbarte Vorschläge zur Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen in die Korruptionsprävention und -bekämpfung eingebundenen Instanzen vorzubereiten und zu unterbreiten; 4) den Status und die Förderung der Umsetzung der Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und anderer führender internationaler Anti-Korruptions-Einrichtungen zu bewerten und die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit der Ukraine in diesem Bereich zu steigern; 5) einen Beitrag zur Schaffung methodischer Rahmenbedingungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption zu leisten. Bisher trat der Rat nur einige Male zusammen, ohne nennenswerte Einigungen zu erzielen.

Nationale Anti-Korruptions-Behörde der Ukraine (NABU)

Nach der von großem Medieninteresse begleiteten öffentlichen Auswahl und Ernennung eines Direktors für die Nationale Anti-Korruptions-Behörde war der wichtigste Hebel des Staates für die Untersuchung und Strafverfolgung von Korruption (spezielle Ermittlungsbehörde) geschaffen. Seit Juni 2015 ist die NABU besetzt. In diesen sieben Monaten wurden 307 Mitarbeiter durch öffentliche Ausschreibungen unter Aufsicht des öffentlichen Kontrollrates, der von zivilgesellschaftlichen Aktivisten geschaffen wurde, angeworben. Zwei von sieben Regionalbüros wurden im Dezember 2015 eröffnet. Bis vor kurzem war der NABU aufgrund des Fehlens eines Korruptions-Sonderermittlers nicht funktionsfähig, und erst im Dezember 2015 konnten Untersuchungsverfahren eingeleitet werden. Vollständige Ermittlungsverfahren durch diese Sonderermittlungsbehörde zur Korruption auf hoher Ebene wurden erst vor kurzem aufgenommen.

Die Dienststelle des Korruptions-Sonderermittlers (DKSE)

Die Wahl des Leiters der DKSE, einer Spezialeinheit innerhalb der Dienststelle des Generalstaatsanwalts,

wurde von einem mit der Zusammensetzung der Wahlkommission verbundenen Skandal überschattet. Der Generalstaatsanwalt entsandte Stellvertreter in die Kommission, die in einen Korruptionsskandal verwickelt waren und kein öffentliches Vertrauen genossen. Trotz erheblichen öffentlichen und internationalen Drucks ersetzte der Generalstaatsanwalt nur zwei der vier von ihm nominierten Personen. Der Ausgang der Wahl wurde jedoch trotzdem als transparent wahrgenommen und der Korruptions-Sonderermittler wurde im November 2015 ernannt. An dieser Stelle sei zu erwähnen, dass der stellvertretende Generalstaatsanwalt Vitalij Kasko, in hohem Maße unterstützt von der internationalen Gemeinschaft, einer der Kandidaten für das Amt gewesen ist. Da er jedoch in Opposition zu dem in die Kritik geratenen Generalstaatsanwalt stand, wurde er von dessen Vertretern in der Wahlkommission nicht unterstützt. Letzten Endes wurde keiner der externen Kandidaten zum Leiter einer der regionalen Dienststellen ernannt.

Aufgrund der nächsten unerwünschten Arbeitsteilung trat im Februar 2016 der stellvertretende Generalstaatsanwalt zurück. Obwohl der frühere stellvertretende Generalstaatsanwalt Vitalij Kasko und der derzeitige stellvertretende Generalstaatsanwalt David Sakvarelidze als Beförderer des Wandels in der Staatsanwaltschaft wahrgenommen wurden, wurden ihre Bemühungen durch den sowjetisch geprägten vollkommen korrupten und hierarchischen Aufbau der Staatsanwaltschaft abgewertet. Solch eine Struktur verhindert eine Reform des Strafrechts und erschwert die Prozessunabhängigkeit des Staatsanwaltes.

Nationale Agentur zur Verhinderung von Korruption (NAVK)

Die Gründung der NAVK ist eine weitere endlose Geschichte. Sie ist durch das Gesetz zur Verhinderung von Korruption als Kollegialbehörde (fünf hochrangige, unabhängige Kommissionsmitglieder) zuzüglich eines Sekretariats und möglicher regionaler Ableger vorgesehen. Sie ist mit den folgenden Funktionen ausgestattet, die sie zu einer Regulierungsbehörde der Korruptionsverhinderung und einer analytischen Instanz machen: Lenken von Interessenskonflikten und Überwachen des ethischen Verhaltens von Beamten; Überprüfen von Vermögensangaben und Führen des Einheitlichen Staatsregisters über Vermögensangaben (online frei zugängliche Datenbank für die Einreichung und Überprüfung von Vermögensangaben); Unterstützen von Regierungsbehörden bei der Durchführung der Bewertung von Korruptionsrisiken; Vorbereiten und Umsetzen von Anti-Korruptions-Programmen; Organisieren von Anti-Korruptions-Kursen und Fortbildun-

gen für Beamte; Durchführen von Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungskampagnen; Analysieren des Korruptions-, Präventions- und Strafverfolgungsniveaus in der Ukraine, Erstellen des Nationalen Berichts zur Korruptionsbekämpfung; Koordinieren der Einhaltung internationaler Standards; Entwerfen wichtiger Gesetze und Vorschriften; Operationalisieren der Nationalen Anti-Korruptions-Strategie mithilfe des dafür vorgesehenen staatlichen Programms (Nationaler Aktionsplan – sobald er vom Justizministerium erarbeitet wurde).

Im Sommer 2015 scheiterte der Ernennungsprozess für die Kommissionsmitglieder der NAVK aufgrund der Versuche der Regierung, Einfluss auf die Wahlergebnisse zu nehmen. Nach der erneuten Einberufung des Wahlkomitees wurden in der nächsten Wahlrunde drei von fünf NAVK-Mitgliedern gewählt und am 11. Dezember 2015 unverzüglich von der Regierung ernannt. Die Ernennung wurde von einigen Mitgliedern der NAVK-Wahlkommission in Frage gestellt, die beim Gericht wegen Verstoßes gegen die Wahlbestimmungen Berufung einlegten. Während der Zeitpunkt der ersten Anhörung in dieser Sache auf Ende März 2016 festgelegt wurde, setzte die Wahlkommission den Wettbewerb um die beiden verbliebenen Positionen fort. Unterdessen lehnte eines der drei neu gewählten Mitglieder der NAVK, das Parlamentsmitglied Viktor Tschumak, seine Ernennung offiziell ab. Er begründete dies damit, dass die NAVK nicht offiziell als Rechtsträger registriert sei und dass die jüngste Gesetzesänderung der Agentur einiger seiner Kernfunktionen beraube. Am 9. März 2016 wird die Wahlkommission eine neue Ausschreibung für die Position des fünften Kommissionsmitglieds veröffentlichen. Es wird erwartet, dass die NAVK Ende März aus vier Mitgliedern bestehen wird, womit sie automatisch zu einem vollständigen Gremium werden wird.

Anti-Korruptions-Richtlinien und der Plan zur Visaliberalisierung für die Ukraine

Die Gespräche zur Visaliberalisierung zwischen der EU und der Ukraine wurden im Oktober 2008 aufgenommen. Im November 2010 präsentierte die Europäische Kommission der ukrainischen Regierung einen Aktionsplan zur Visaliberalisierung (VLAP). Der VLAP legt – mit Blick auf Umsetzung einer Gesetzgebung, verschiedener Richtlinien und eines institutionellen Rahmens (Phase 1) sowie zur Sicherstellung der erfolgreichen und nachhaltigen Umsetzung (Phase 2) – eine Reihe präziser Standards für vier »Blöcke« technisch relevanter Fragen fest.

Am 18. Dezember 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren sechsten Bericht über die Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung. Der 12 Seiten starke

Bericht billigte den Antrag der Ukraine und bestätigte, dass die Ukraine bereit und in der Lage sei, Visafreiheit mit der EU einzugehen. Allerdings enthält der Rahmenplan folgende *Anti-Korruptions-Bedingungen*: Es muss sichergestellt werden, dass die Nationale Antikorruptions-Behörde, die auf Korruption spezialisierte Staatsanwaltschaft und die Nationale Agentur zur Verhinderung von Korruption im ersten Quartal 2016 vollständig einsatzbereit sind. Mit der Überprüfung von Vermögenswerten und möglichen Interessenskonflikten von Beamten, die auf Positionen arbeiten, die für Korruption am anfälligsten sind, wird gleich im Anschluss begonnen. Die institutionelle Leistungsfähigkeit zur Rückgewinnung und Verwaltung von Vermögenswerten wird verbessert. Die Rechtsvorschriften über die Verfahren zur Beschlagnahme von Vermögenswerten und zur außerordentlichen Beschlagnahme werden – im Hinblick auf die volle Funktionalität der Behörde zur Vermögensrückgewinnung – verabschiedet. Darüber hinaus werden die erforderlichen Finanzmittel für einen gut funktionierenden institutionellen Rahmen zur Korruptionsbekämpfung im Staatshaushalt von 2016 vorgesehen. Nachdem die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur Gewährung von Visafreiheit für die Ukraine vorgelegt hat, kann dieser nun vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament ratifiziert werden.

Gleichzeitig verschiebt allerdings die Gesetzgebung die Einführung des Systems zur elektronischen Abgabe der Vermögenserklärung auf 2017. Vor kurzem wurden zwei Gesetzesentwürfe zur Behebung dieser Bestimmung ins Parlament eingebracht. Über einen dieser Gesetzesentwürfe wurde am 16. Februar 2016 abgestimmt. Trotzdem wurde die Situation nur dadurch verschlechtert, dass die strafrechtliche Verantwortung für falsche Angaben in der Vermögenserklärung auf 2017 verschoben, die Schwelle für das deklarierte Vermögen erhöht und der Kreis der den zur Vermögensdeklaration verpflichteten nahestehenden Personen neu definiert wurde. Die geltende Gesetzgebung widerspricht somit eindeutig der Verpflichtung der Ukraine gegenüber der EU und dem IWF, im ersten Quartal 2016 ein neues System zur Abgabe von Vermögenserklärungen einzuführen. Auch die Verzögerung im Aufbau der NAVK gefährdet die praktische Einführung eines elektronischen Systems zur Abgabe der Vermögenserklärung. Es ist diese Behörde, die für die Einführung des neuen Systems bürgen und in diesem Zusammenhang eine Reihe entscheidender Verordnungen umsetzen soll. Es wurde zugesagt, das neue Gesetz im März 2016 zu überprüfen, weil es die Wirkung eines elektronischen Registers zur Abgabe der Vermögenserklärung, das mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) entwickelt wurde, nivelliert.

Beispiel für eine erfolgreiche Anti-Korruptions-Initiative

Gleichzeitig sind die lokalen Anti-Korruptions-Initiativen optimistischer, als die nationalen. Vertreter der Zivilgesellschaft auf regionaler Ebene haben das Bewusstsein und die Kapazitäten geschaffen, um die Umsetzung der Anti-Korruptions-Agenda auf regionaler Ebene anzugehen. Zum Beispiel wurzelte ein Pilotprojekt zur transparenten öffentlichen Auftragsvergabe, genannt *Prozorro*, im zivilgesellschaftlichen Bereich. Anfangs nur von einzelnen staatlichen Stellen, Betrieben und Kommunalbehörden für Beschaffungen unterhalb des Schwellenwertes genutzt, wird es nun auf Regierungsebene eingesetzt und ist auf das staatliche Portal verschoben worden. Aufgrund des neuen Gesetzes zur öffentlichen Auftragsvergabe, das im Februar 2016 in Kraft trat, wird es für Ausschreibungen im ganzen Land nutzbar gemacht werden. Dieses Pilotprojekt zur elektronischen öffentlichen Auftragsvergabe ermöglicht dem Staat eine transparente und wettbewerbsfähige Auftragsvergabe. Allein im Jahr 2015 wurden auf diese Weise eine halbe Milliarde Hrywnja (ca. 17 Mio. Euro) eingespart.

Über die Autorin

Halyna Kokhan, PhD in Politikwissenschaften (2010), Anti-Korruptionsexpertin im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (seit 2015). Forschungsschwerpunkte: politische Korruption, Korruption im Verteidigungssektor, Arbeit von Korruptionsbekämpfungsbehörden, Korruptionsprävention, Korruptionsindizes. Aktuelle Veröffentlichung: Monographie »Political Corruption Phenomenon: Theoretical and Methodological Analysis« (Ukraine, Kiew, 2013).

Schlussfolgerungen

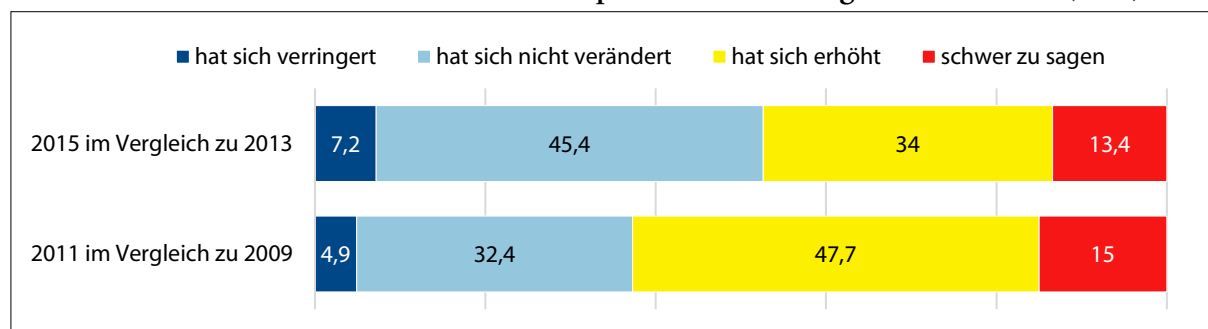
Kurz gesagt waren staatliche Akteure die treibende Kraft des Wandels. Gleichzeitig war der bisher demonstrierte politische Wille von unterschiedlichen Motivationen geprägt. Es war z. B. der Versuch, unmittelbar auf die Forderungen des Maidan zur Korruptionsbekämpfung zu antworten, ein opportunistischer Schachzug in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen (die erste und zweite Lesung des Gesetzespakets zur Korruptionsbekämpfung fand in der vorletzten und letzten Parlamentssitzung des Jahres 2014 statt) oder auch der Wunsch, politisches Kapital aus den Plänen zur Einführung der Visafreiheit zu schlagen etc. Der Kampf um ein effektives System zur elektronischen Vermögenserklärung wird entweder echten Einsatz für die Reformen beweisen, die zur Visafreiheit für die Ukraine führen werden oder den Wunsch, illegale Bereicherung weiterhin zu tarnen und den Status quo zu erhalten. Der Trend zu E-Government und Open Data wird für Veränderungen mit Hilfe einer Bottom-Up-Strategie sorgen und Möglichkeiten zur Bestechung auf allen Ebenen beseitigen.

Übersetzung aus dem Englischen: Alena Göbel

UMFRAGE

Wahrnehmung der Korruption durch die Ukrainer

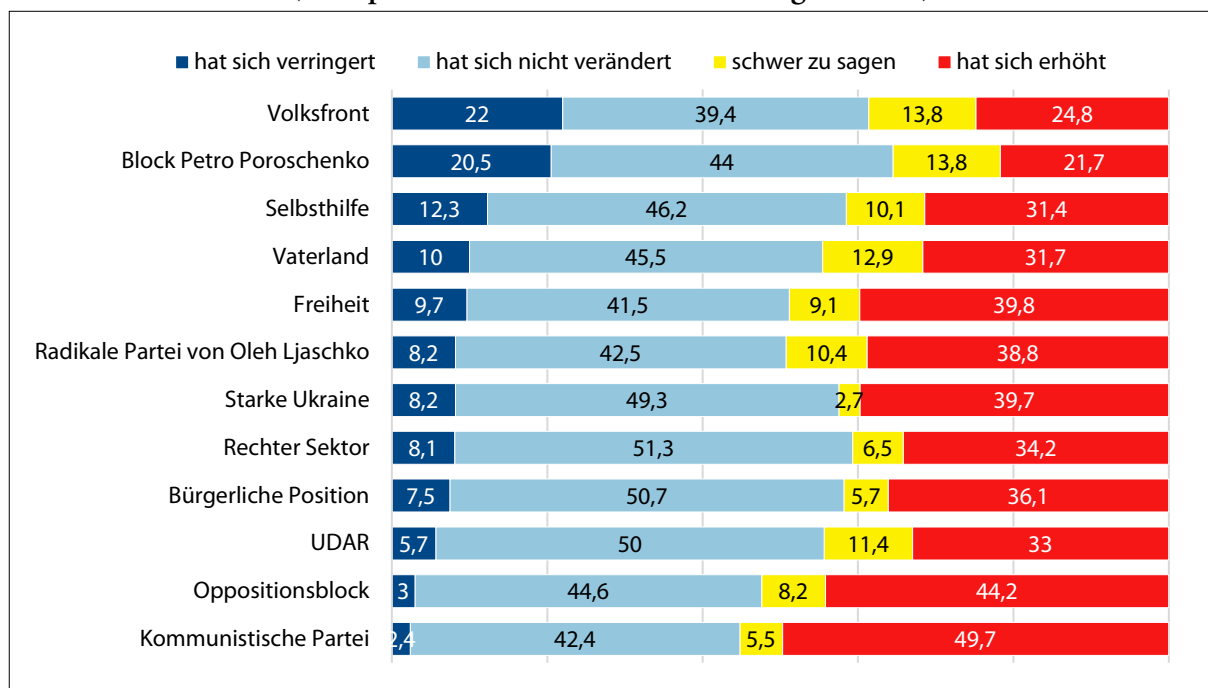
Grafik 1: Wie hat sich das Ausmaß der Korruption ihrer Meinung nach verändert? (in %)



Anmerkung: Die Umfrage aus dem Jahr 2015 wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.

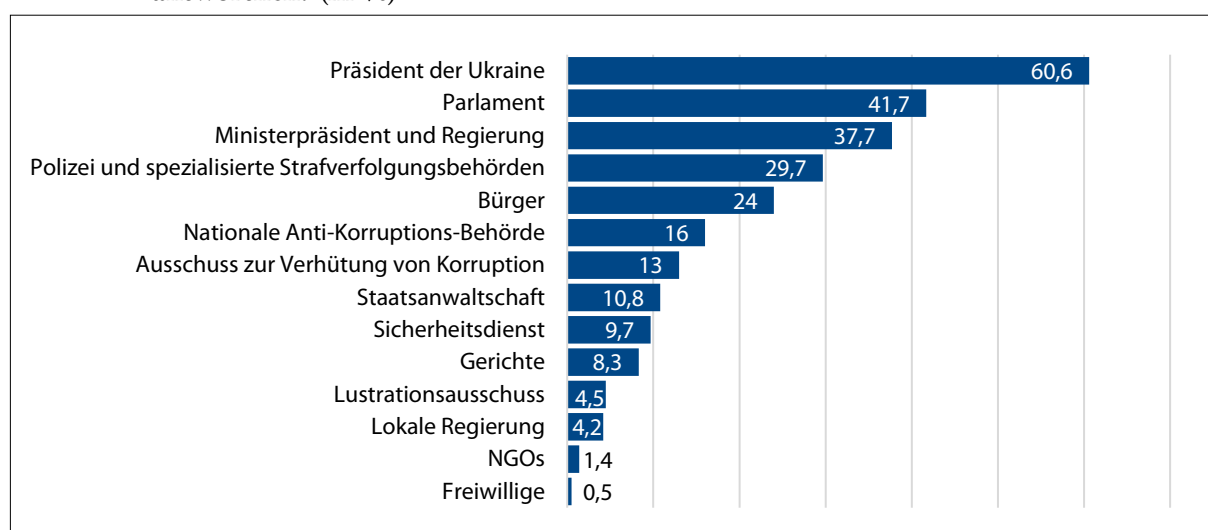
Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), <http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf>

Grafik 2: Wie hat sich das Ausmaß der Korruption im Vergleich zu 2013 ihrer Meinung nach verändert? (nach politischen Präferenzen der Befragten, in %)

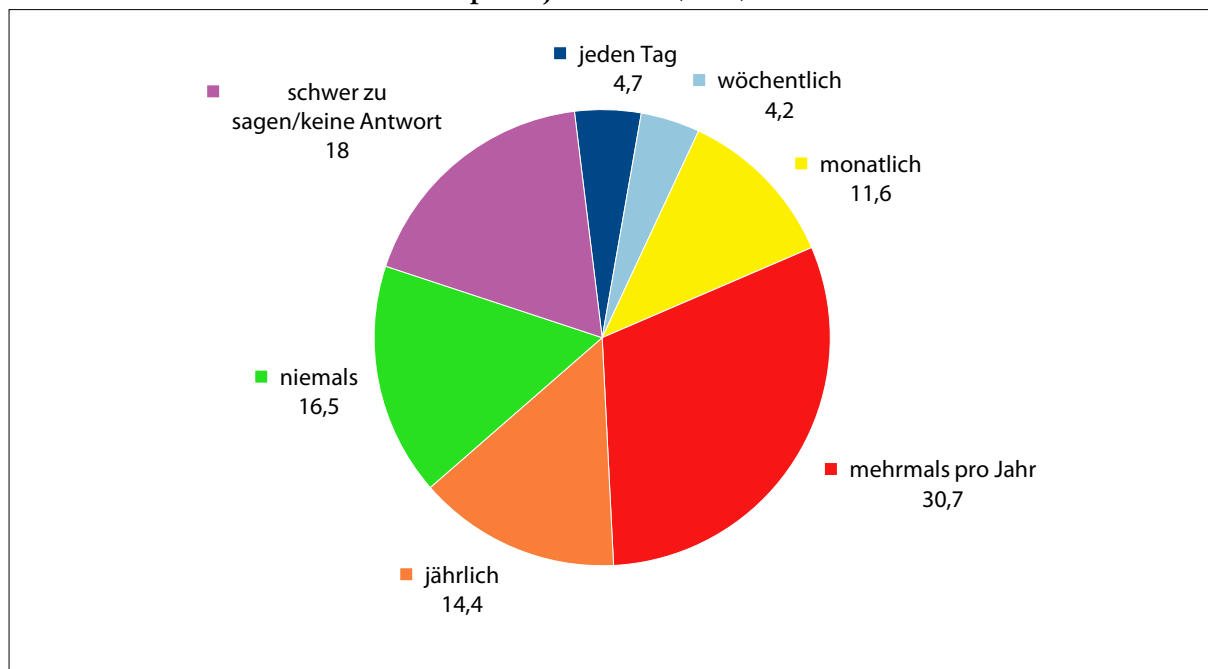


Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.
 Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N = 10.173) vom 15. August bis 17. September 2015 (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), <http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf>

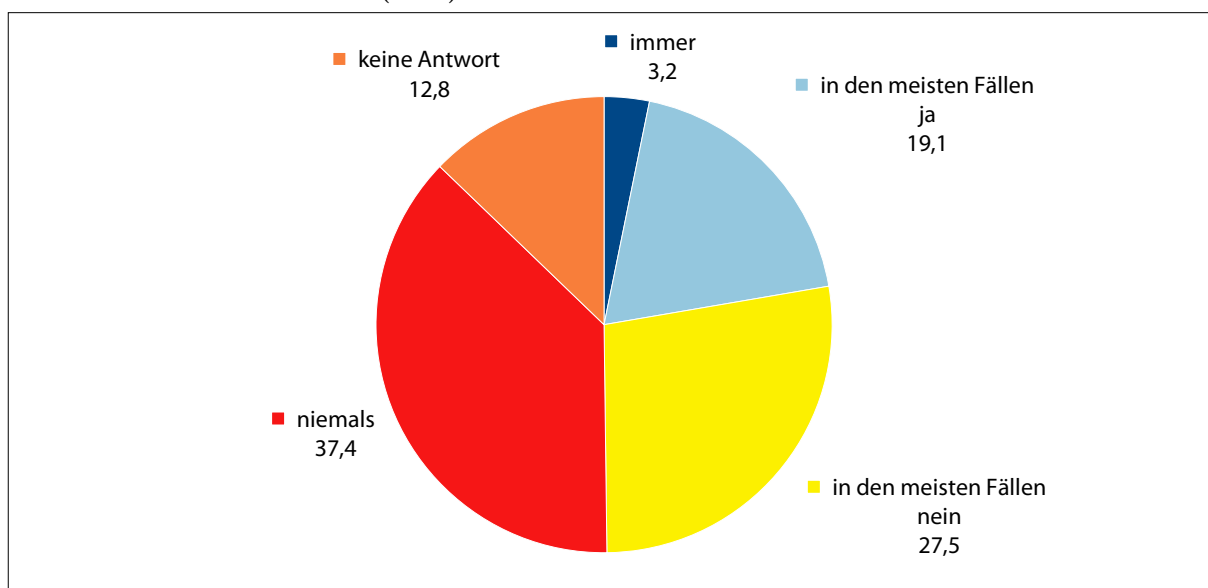
Grafik 3: Wer ist in der Ukraine für die Bekämpfung der Korruption ihrer Meinung nach verantwortlich? (in %)



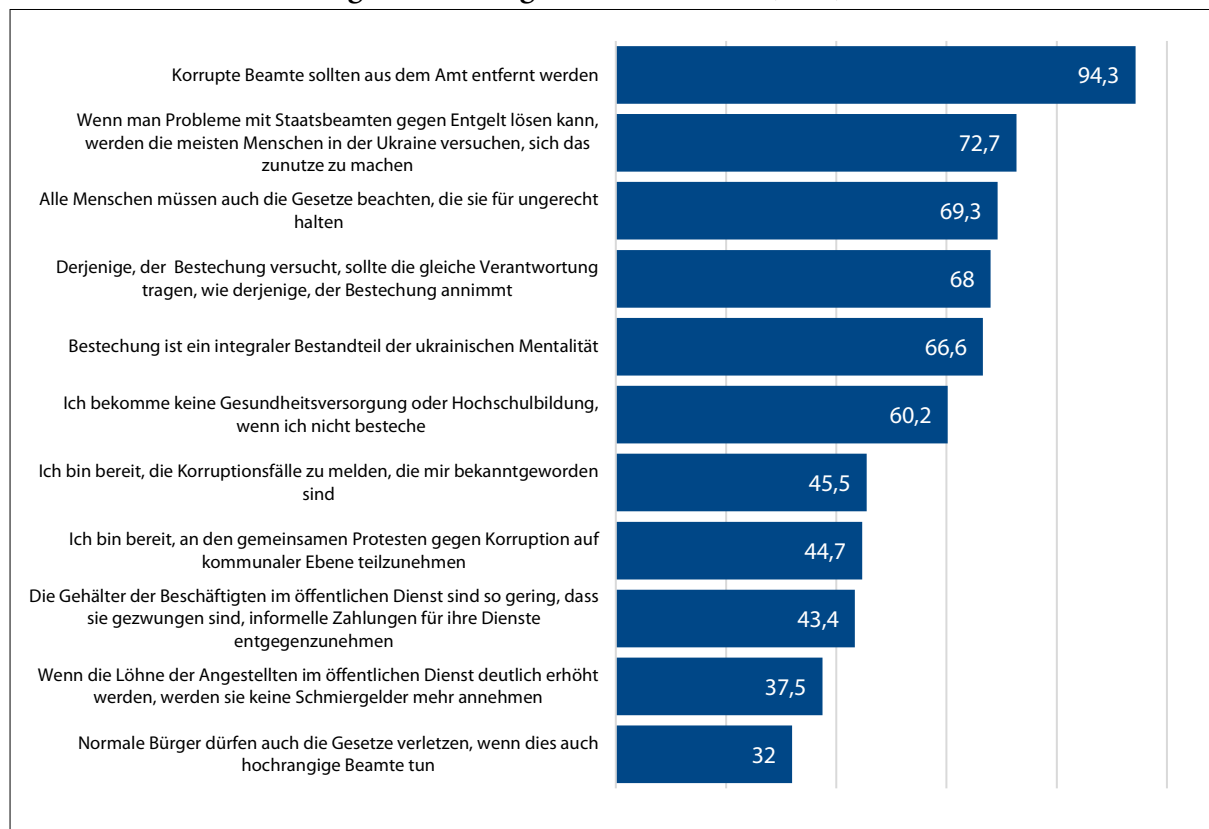
Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.
 Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N = 10.173) vom 15. August bis 17. September 2015 (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), <http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf>

Grafik 4: Wie oft erleben Sie Korruption jeder Art? (in %)

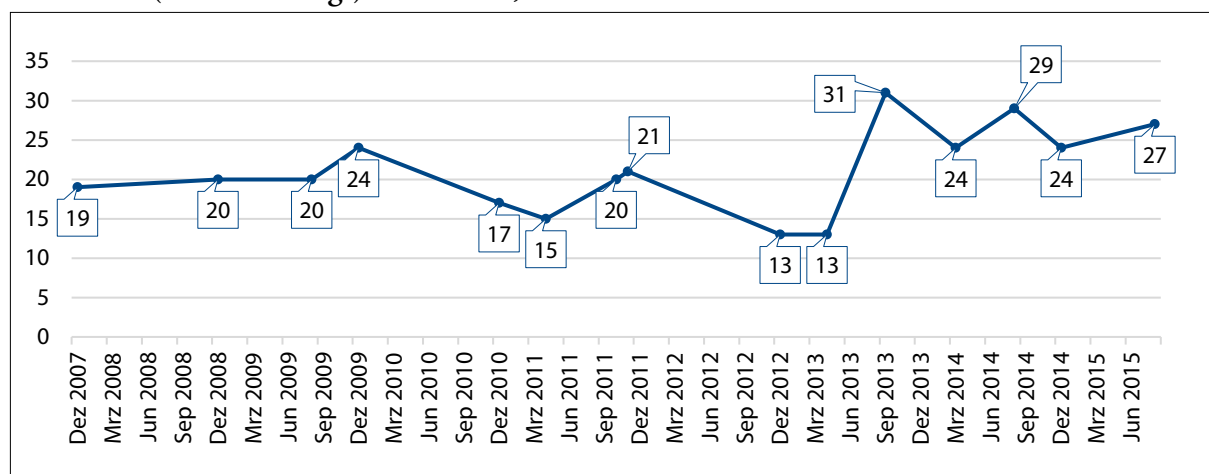
Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.
 Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N = 10.173) vom 15. August bis 17. September 2015 (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), <http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf>

Grafik 5: Glauben Sie, dass Korruption gerechtfertigt sein kann, wenn wichtige Angelegenheiten zu lösen sind? (in %)

Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.
 Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N = 10.173) vom 15. August bis 17. September 2015 (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), <http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf>

Grafik 6: Sind Sie mit folgenden Aussagen einverstanden? (in %)

Anmerkung: Die Umfrage wurde im Donbass auf dem Gebiet durchgeführt, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird.
 Quelle: Repräsentative Umfragen vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N = 10.173) vom 15. August bis 17. September 2015 (im Rahmen des UNITER Anti-Corruption Perception Survey), http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf

Grafik 7: Der Anteil der Befragten, die angaben, dass sie den Lohn für ihre Arbeit inoffiziell («im Umschlag») bekommen, in %

Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum für Soziales Monitoring (SMC), <http://ief.org.ua/wp-content/uploads/2015/11/%D0%9F%D1%80%D0%B5%D0%B7%D0%B5%D0%BD%D1%82%D0%B0%D1%86%D1%96%D1%8F-2015-11-20.pdf>

Sechster Zwischenbericht über die Umsetzung durch die Ukraine des Aktionsplans zur Visaliberalisierung (Auszüge, 18.12.2015)

Sixth Progress Report on the Implementation by Ukraine of the Action Plan on Visa Liberalisation {SWD(2015) 705 final}

2.3.1.3. Preventing and fighting corruption

The progress noted in the fifth report on anti-corruption policies, particularly the legislative and institutional progress, has continued. The adoption by the Parliament, on 8 October 2015 of legislative packages covering aspects of the report's recommendations, is an important step forward. Civil society continued to play a key role in moving the anti-corruption agenda forward.

The **National Anti-Corruption Bureau (NABU)** was created, its head was appointed on 16 April 2015 following an open and competitive selection process, and around 100 investigators have been recruited and trained. The establishment of the NABU is therefore well-on track. However, the NABU cannot be fully operational without a specialised anti-corruption prosecution office.

While the setting-up of this **new specialised anti-corruption prosecution office** has begun, it nevertheless remains to be ensured that its independence and integrity are recognised beyond doubt. Shortcomings in the selection process for the leadership of the anti-corruption prosecution office such as the lack of objective track-record criteria for the nomination of the members of the selection committee and the candidates, highlighted the need for the relevant legal and institutional framework to be further improved in order to fully ensure the office's independence and integrity. To this end, the selection, appointment and dismissal procedures for the office's leadership and staff must follow stricter independence and integrity safeguards. The specialised anti-corruption prosecution office should become operational as a matter of top priority; it is an indispensable component of an effective and independent institutional framework for combating high-level corruption. On 30 November, the General Prosecutor appointed the head of the specialised anti-corruption prosecution.

There has been progress in setting-up of the **National Agency for the Prevention of Corruption (NAPC)**, especially since the new election of the Agency's board which took place on 28 August 2015. The Government is expected to approve the five-member board in December 2015. The law on prevention of corruption, adopted in October 2014 entered into force on 26 April 2015. It provides for mechanisms to check asset declarations. These tasks will be performed by the NAPC. The NAPC will also administer the web-portal of asset declarations, which is currently being developed. A law on political parties financing was adopted in 8 October 2015. A draft law on the National Asset Recovery Office (ARO) and the Asset Management Office (AMO) passed first reading in Parliament on 8 October 2015. On 10 November, Parliament adopted in second reading a set of laws aimed at improving asset recovery procedures. Specifically, the draft laws: on ARO and AMO, on asset seizure and on special third-party confiscation. In the form proposed by the Government, the draft laws envisaged the establishment of an Asset Recovery Office which also comprised management functions concerning frozen and confiscated assets, as well as provisions on the freezing and confiscation process. A number of amendments to the text in Parliament have limited the Agency's functions of active management of the seized assets, as well as the provisions on seizure and confiscation.

Progress made on legislative and institutional aspects can only bring significant end results if fully implemented.

The Ukrainian leadership committed to:

- ensure that the National Anti-Corruption Bureau and specialised anti-corruption prosecution are fully operational in the first quarter 2016;
- ensure by the first quarter 2016 independence and integrity of the specialised anti-corruption prosecution office, including through amendments to the Law "On Prosecution" appropriate safeguards for the selection and dismissal of the office's leadership;
- ensure that the National Agency for Prevention of Corruption is fully operational in the first quarter 2016 and verification of assets and potential conflicts of interests of public officials in areas and positions most vulnerable to corruption will be launched immediately after;
- improve the institutional capacity on recovery and management of assets and, in the first quarter of 2016, adopt legislation on procedures concerning seizure of assets and special confiscation with a view to make the Asset Recovery Office fully effective;

- ensure in the State Budget for 2016 and onwards the necessary financial resources for the well-functioning anti-corruption institutional framework, including the National Anti-Corruption Bureau.

Based on these commitments, **the anti-corruption benchmark is deemed to have been achieved.**

Quelle: <<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/EN/1-2015-905-EN-F1-1.PDF>>

Mitteilungen des IMF zur Kooperation mit der Ukraine

Statement by the Managing Director on Ukraine

Press Release No. 16/50

February 10, 2016

Ms. Christine Lagarde, Managing Director of the International Monetary Fund (IMF), issued the following statement today:

“I am concerned about Ukraine’s slow progress in improving governance and fighting corruption, and reducing the influence of vested interests in policymaking. Without a substantial new effort to invigorate governance reforms and fight corruption, it is hard to see how the IMF-supported program can continue and be successful. Ukraine risks a return to the pattern of failed economic policies that has plagued its recent history. It is vital that Ukraine’s leadership acts now to put the country back on a promising path of reform.”

Quelle: <<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1650.htm>>

Press Briefing by Gerry Rice, Director, IMF Communications Department

Washington, DC

Thursday, February 11, 2016

(...) QUESTIONER: Thank you. So Madam Lagarde issued yesterday two statements regarding the situation in Ukraine. The second one was made after her phone call with President of Ukraine, Petro Poroshenko. So if I may, I have several questions on this issue.

In the second statement there is a phrase, we agreed on the principle of a roadmap of actions and priority measure to ensure prompt progress under the program. Could you give us some details about this roadmap?

MR. RICE: Okay. Well, maybe just step back a bit on your question. As you know, since the beginning of the program and the beginning of this current engagement with Ukraine, the whole issue of governance and anticorruption has been a central part of the program objectives. So that’s the broad context for this issue. Again, as you may know, the Managing Director commented last week on the recent resignation of the Economy Minister and indicated that was an issue of concern. So I think it was against that backdrop of a growing concern here at the Fund, and I think also shared by some in the international community, that slow progress was made in improving governance and fighting corruption and in reducing the influence of vested interests in policy making. So, again, it was in that context that Managing Director Christine Lagarde made her statement yesterday, and stressed that without a substantial new effort to invigorate these governance reforms and fight corruptions, it was hard to have an enabling environment in place where the IMF program could continue and be successful.

So as you say, President Poroshenko and Madam Lagarde then subsequently had a conversation around that, and both issued statements. You’ve seen those. What I would say is that we remain engaged with the authorities on policies that are important to strengthen the economy and pave the way for the completion of the Second Review. That remains the objective. And following the conversation with Managing Director Lagarde and President Poroshenko, he, as he has said, reassured her of his commitment to reforms, including improving governance and fighting corruption.

Maybe just one final thing. I mean all of this is not to say that Ukraine hasn’t made a lot of progress. The authorities have made important headway in stabilizing the economy. The budget deficit has been reduced, growth is slowly returning, inflation is coming down, while reserves have been increasing. So, again, there has been progress, I want to acknowledge that, but it is vital that Ukraine and its leadership accelerates and deepens the reform efforts to support the much needed transformation of Ukraine’s economy.

You have a follow up?

QUESTIONER: Yes. Thank you. So there are a lot of people in the Ukraine who after the first statement had a feeling that IMF is ready to stop the cooperation with the Ukraine. After all, it was hard to see how the IMF supported program can continue and be successful. Is it correct that this cooperation can be stopped? And if it is not correct, when should we expect that the memorandum will be signed?

MR. RICE: Look, I just said and let me repeat. We remain engaged with Ukraine, and with the authorities on the program, on the set of policies that underlie that program, and meant to achieve what we share as a common objective, which is the return of sustainable growth and jobs to Ukraine and for the Ukrainian people. So we remain fully engaged. I want to be clear about that.

But again, and I won't repeat what I said earlier, you know, there are certain measures that—where more progress needs to be made, and one of those areas, a very important area, was the one that was the subject of the statements on the discussion yesterday. That is governance and anticorruption.

So, further decisive implementation of these reforms is key. In terms of the—I think you were asking about the second review and when it might be going forward. I don't have a date for you on when our Board will take up the second review. It really, again, depends on resolving outstanding issues, and also on having more clarity about the status of the government and the coalition. (...)

Quelle: <<http://www.imf.org/external/np/tr/2016/tr021116.htm>>

Transcript of a Press Briefing by Gerry Rice, Director, Communications Department, IMF

Thursday, March 3, 2016

Washington, DC

(...) QUESTIONER: Thank you. I have a bunch of questions on Russia and the Ukraine. On Ukraine, when can we expect some movement on the program? How confident are you that the program can move forward given that in the polls over 77% of the Ukrainians do not want drastic reforms that make them tighten their belts? (...)

MR. RICE: The status of the program. I'll not go into what I've said here before. Where we are today, you know, we need to have more clarity about the status of the government and the coalition for us to be able to engage on policies to strengthen and transform the economy and to pave the way for the completion of the second review, which I think was your question. You know, I would remind you that President Poroshenko recently reassured the IMF, the managing director, of his commitment to the reforms, including improving governance and fighting corruption. And so, in the last weeks that's been the focal point of the discussions about measures to ensure progress towards tangible results in these areas. I mean I can give you a bit more detail in those areas if you wish. But they are part of the program and they are in the memorandum of economic and financial policies. (...)

Quelle: <<http://www.imf.org/external/np/tr/2016/tr030316.htm>>

OSZE: Aktuelle Entwicklungen zur Medienfreiheit in der Ukraine bereiten Sorgen

Recent media freedom developments in Ukraine worrying, OSCE Representative says

VIENNA, 26 February 2016—OSCE Representative on Freedom of the Media Dunja Mijatović today expressed concern about recent media freedom developments in Ukraine.

Yesterday, a group of about 50 people identifying themselves as members of the Azov Civil Corps protested in front of the editorial office of Inter TV in Kyiv, demanding changes in the channel's editorial policies. According to reports, protesters blocked the exits to Inter TV's office and attempted to enter the premises. The blocking reportedly went on for more than two hours in the presence of police.

"These types of actions against media outlets are unacceptable, they compromise journalists' safety and constitute a dangerous trend affecting free media," Mijatović said. "I call on the authorities to take effective measures to prevent such attempts at intimidation and ensure that members of the media can do their job freely and safely."

On the same day, the National Television and Radio Broadcasting Council (NTRBC) decided to conduct an unscheduled inspection of Inter TV after the channel broadcast movies produced in Russia and former Soviet Union.

On 24 February, journalist and producer Maria Stolyarova was expelled from Ukraine and banned from entering the country for three years for allegedly causing damage to the national security and territorial integrity of Ukraine. The decision reportedly followed behind-the-scenes obscene remarks by Stolyarova captured by live microphones and broadcast in a live news segment on Inter TV on 21 February.

Mijatović noted reports that the incident with Stolyarova prompted NTRBC to propose to the authorities to introduce restrictions on the work of foreign citizens in the field of media and to reconsider the working visas of Russian journalists.

“It is disappointing that the Council continues to engage in restrictive practices and policies, far beyond its broadcast regulation activities, which affect the work of members of the media,” Mijatović said.

The Representative also expressed concern about NTRBC’s decision of 18 February to propose to the National Security and Defence Council to introduce sanctions against 38 entities which own major Russian media outlets, as well as the outlets registered or operating in Crimea and certain areas of eastern Ukraine. According to reports, NTRBC also proposed that Ukrainian Internet service providers should block access to, and online broadcasting of, all media outlets in question.

“NTRBC’s decision raises concern about its proportionality as it would curtail the free flow of information, including on the Internet,” Mijatović wrote in a letter to Ukraine’s Foreign Minister Pavlo Klimkin on 19 February. “Any measures restricting media activities should be directed only against narrowly defined illegal content, based on law and international media freedom obligations, and decided by courts of competent jurisdiction.”

Furthermore, Mijatović noted that on 11 February NTRBC removed several Russian television channels from the list of foreign programmes allowed to retransmit in Ukraine. Reportedly, the decision was in part enacted in line with legislation that allows suspending broadcasts which include individuals who have been determined to threaten the national security of the country. The Representative previously raised concerns about this legislation in February 2015.

Quelle: <<http://www.osce.org/fom/224676s>>

Die Internationale Journalisten-Föderation zur Freilassung von Maria Warfolomejewa

Ukrainian journalist released today after a year in jail

Ukrainian journalist Maria Warfolomeyeva was released today after spending more than a year behind bars. The journalist was held under arbitrary detention since 9 January 2015 in Luhansk, Eastern Ukraine, by the authorities of the self-proclaimed Luhansk People’s Republic (LPR). She had been accused of spying for the Ukrainian nationalist movement (Right Sector).

Varfolomeyeva, working for local news website Svobodny Reporter and as a fixer for various national media, was taking photos of an apartment block in Luhansk on 9 January 2015 when she was detained by representatives of the LPR and later threatened with a 15-year jail sentence.

The IFJ and the EFJ had submitted her case to the Council of Europe’s platform to promote the protection of journalism and safety of journalists.

Quelle: <<http://www.ifj.org/nc/news-single-view/backpid/1/article/ukrainian-journalist-released-today-after-a-year-in-jail/>>

CHRONIK

22. Februar – 6. März 2016

22.02.2016	In der Nacht werfen Unbekannte mehrere Molotow-Cocktails auf insgesamt drei Filialen russischer Banken. Betroffen sind die VTB-Bank und die Sberbank. Am 20. Februar waren bereits mehrere Banken attackiert worden.
22.02.2016	Mehrere ehemalige Teilnehmer der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee im Donbass distanzieren sich von einer Aktion der sogenannten »Revolutionären Rechten Kräfte«, die am Vortag auf dem Maidan in Kiew stattgefunden hatte. Dort hatten etwa 200 Angehörige verschiedener nationalistischer Organisationen gegen die ukrainische Regierung demonstriert. Sie hatten Zelte errichtet, es hatte nach Polizeiangaben einige Zusammenstöße mit der Polizei und darauf folgende Festnahmen gegeben.
23.02.2016	Im Zusammenhang mit den Anschlägen auf Filialen russischer Banken am 20. Februar 2016 wird ein belarusischer Staatsbürger festgenommen. Nach Angaben der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), ist der Festgenommene Mitglied der OUN und hat sich als Teil eines Freiwilligenbataillons an der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee in der Ostukraine beteiligt.
23.02.2016	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier fordert die Ukraine auf einer Pressekonferenz auf, eine gesetzliche Grundlage für Wahlen im Donbass zu schaffen. Dies ist ein Teil der Minsker Vereinbarungen, der bisher nicht umgesetzt ist. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erklärt unterdessen, die Ukraine werde sich nicht an die russische Interpretation der Minsker Vereinbarungen halten. Wahlen könnten im Donbass nur abgehalten werden, wenn zuvor sichergestellt werde, dass sie nicht die jetzigen Machthaber im Donbass privilegieren.
23.02.2016	Der Bürgermeister der Stadt Starobelsk im Gebiet Luhansk erliegt seinen Verletzungen. Er war zuvor im Innenhof des städtischen Verwaltungssitzes mit Kopfverletzungen aufgefunden worden.
24.02.2016	Transportminister Andrij Piwowarskyj erklärt, dass man sich mit Russland darauf geeinigt habe, Warentransporte der jeweils anderen Seite wieder zuzulassen. Wenn der Transitverkehr zwischen Russland und Europa langfristig über Polen oder das Baltikum umgeleitet würde, drohe der Ukraine ein großer wirtschaftlicher Verlust, erklärt Piwowarskyj.
24.02.2016	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtet, dass beide Seiten im Konflikt in der Ostukraine gegen Gefangene der Gegenseite Folter einsetzen. Die Separatisten hätten außerdem vier ukrainische Gefangene erschossen.
24.02.2016	Der ehemalige Vorsitzende des rechtsradikalen »Rechten Sektors« Dmytro Jarosch stellt eine neue politische Organisation unter dem Namen »Jaroschs Staatliche Initiative« vor. Sie solle als Dachorganisation verschiedene »patriotische« Bewegungen in der Ukraine zusammenführen – unabhängig von Sprache, konkreter Ideologie und Konfession.
24.02.2016	Ukrainische Streitkräfte teilen mit, dass die separatistischen Truppen bereits vor einigen Tagen das Dorf Schyrokyne vollständig verlassen hätten. Dies sei in den Vereinbarungen von Minsk vorgesehen. Die dort eingerückten ukrainischen Soldaten seien derzeit mit Minenräumarbeiten beschäftigt.
25.02.2016	Aktivisten, die sich in den vergangenen Wochen an einer Blockade gegen Warentransporte mit russischem Kennzeichen in der Westukraine beteiligt hatten, erklären sich nicht einverstanden mit der Entscheidung der ukrainischen Regierung vom 24. Februar 2016, die Transporte wieder ungehindert passieren zu lassen. Sie drohen mit »entschlossenen Maßnahmen«, wenn der Transitverkehr wieder aufgenommen würde.
25.02.2016	Ukrainische Soldaten berichten von einem mehrstündigen Schusswechsel bei der Ortschaft Sajzewe im Gebiet Donezk.
25.02.2016	Einige Dutzend Taxifahrer protestieren in Kiew gegen die Internetplattform Uber, die Fahrten in privaten Fahrzeugen vermittelt. Vor dem Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung werden Reifen in Brand gesteckt, eine Kolonne hupender Fahrzeuge zieht vorbei.
26.02.2016	Aktivisten in der Westukraine nehmen nach Angaben des Vorsitzenden der nationalistischen Partei Freiheit, Oleg Tjahnybok, die Blockade von Warentransporten mit russischem Kennzeichen wieder auf. Tjahnybok ruft die ukrainische Regierung dazu auf, den Warentransit zu unterbinden. Am Abend erklären Aktivisten aus der Grenzstadt Uzhhorod, dass sie die Blockade aufheben, um den wirtschaftlichen Interessen der Ukraine nicht zu schaden.
26.02.2016	Bei dem Ort Schtschastje im Gebiet Donezk findet ein Gefangenenaustausch statt. Drei ukrainische Soldaten und sechs Kämpfer der Separatisten kommen frei.
28.02.2016	Georgyj Tuka, der Verwaltungschef des von der Ukraine kontrollierten Teils des Gebietes Luhansk, teilt mit, dass bei der Explosion einer Mine zwei Zivilisten zu Schaden kommen. Genauere Angaben fehlen.

28.02.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk warnt in seiner wöchentlichen Fernsehansprache davor, Neuwahlen durchzuführen. Dies werde im »Ruin« enden. Stattdessen sei er gewillt, die Arbeit des Kabinetts fortzuführen. In der vergangenen Woche hatte Jazenjuk zwar ein Misstrauensvotum überstanden, es waren jedoch zwei Fraktionen aus der Regierungskoalition ausgetreten, sodass die Regierung nun formal keine Parlamentsmehrheit innehat.
28.02.2016	An mehreren Orten entlang der Frontlinie im Donbass wird weiterhin geschossen. Es werden Gefechte aus der Nähe von Donezk, Mariupol, Marinka und Luhansk gemeldet.
29.02.2016	Ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums erklärt, dass die vollständige Minenräumung im Donbass etwa zehn bis 15 Jahre dauern und mindestens eine Milliarde Hrywnja (etwa 34 Millionen Euro) kosten werde.
29.02.2016	Zum 1. März wird der Minimaltarif für eine Kilowattstunde Strom um 25 % angehoben.
29.02.2016	Britische Investigativjournalisten der Gruppe Bellingcat publizieren einen Bericht, der die Version des russischen Waffenproduzenten Almas-Antej zum Abschuss der Passagiermaschine MH-17 über dem Donbass im Juli 2014 dementiert. Der Rüstungskonzern hatte behauptet, dass wahrscheinlich die ukrainische Armee für den Abschuss verantwortlich sei. Bellingcat widerlegt mit Satellitenbildern, dass in den von Almas-Antej genannten Stellen zur Zeit des Abschusses keine entsprechenden ukrainischen Raketen stationiert waren.
01.03.2016	Im Gebiet Luhansk kommen bei der Explosion eines Fahrzeugs drei Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben. Die genauen Umstände würden untersucht, so der Verwaltungschef des von der Ukraine kontrollierten Teils des Gebietes Luhansk, Georgyj Tuka.
01.03.2016	Ein Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft erklärt, dass Gerichte ab dem 01. März 2016 keine Ermittlungsanfragen der Staatsanwaltschaft mehr entgegennehmen. Dies sei die Konsequenz einer Überschneidung zweier neuer Gesetze. Mit der Einrichtung des neuen Staatlichen Ermittlungsbüros gehe die Strafverfolgung von der Generalstaatsanwaltschaft auf das neue Büro über. Das Gesetz zum Nationalen Antikorruptionsbüro hingegen verortet Ermittlungskompetenz weiterhin auch bei den Staatsanwaltschaften. Die Gerichte hätten entschieden, sich nach ersterem zu richten.
01.03.2016	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wirft bei einer Pressekonferenz mit US-Außenminister John Kerry sowohl der ukrainischen Regierung als auch den Separatisten vor, die Minsker Vereinbarungen nicht in ausreichendem Maße umzusetzen.
02.03.2016	Die russische Staatsanwaltschaft fordert im Prozess gegen die ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko 23 Jahre Lagerhaft und eine Strafe in Höhe von 100.000 Rubel (etwa 1.250€). Sawtschenko wird vorgeworfen, im Juni 2014 auf ukrainischem Territorium zwei russische Journalisten erschossen und die Grenze zu Russland illegal überquert zu haben. Die Verteidigung besteht auf der Unschuld ihrer Mandantin und erklärt, Sawtschenko sei von Separatisten der Volksrepublik Luhansk entführt und nach Russland verschleppt worden.
02.03.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE unterzeichnet in Minsk zwei Dokumente zur Regulierung des Konflikts im Donbass. Erstens sollen die bewaffneten Verbände beider Seiten bis zum 31. März 2016 Karten derjenigen Regionen aufsetzen, in denen Minen geräumt werden sollen. Zweitens einigen sich beide Seiten auf eine Einstellung von Gefechtsübungen entlang der Frontlinie.
03.03.2016	Ein Kiewer Gericht entscheidet, dass die Staatsanwaltschaft solange vorgerichtliche Ermittlungen in zivilen und strafrechtlichen Fällen führen werde, bis das neu eingerichtete Ermittlungsbüro diese übernehmen könne. Am 1. März 2016 war es zu Unklarheiten über die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft gekommen, da das Ermittlungsbüro formal an diesem Datum seine Arbeit antrat.
03.03.2016	Die freie Journalistin Maria Warfolomejewa, die über ein Jahr in Gefangenschaft der Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« verbrachte, kommt frei. Später wird bekannt, dass Warfolomejewa im Austausch gegen zwei Personen ausgeliefert wurde. Ein Gefangener war ein russischer Staatsbürger, der von einem ukrainischen Gericht bereits zu elf Jahren Haft verurteilt und vor dem Gefangenenaustausch von Präsident Petro Poroschenko begnadigt worden war.
03.03.2016	Die Nationalbank verringert die Beschränkungen auf den Handel mit Fremdwährungen. Das Tageslimit bei der Abhebung von Fremdwährungen wird von 20.000 Hrywnja auf 50.000 Hrywnja (etwa 1.700€) erhöht.
03.03.2016	EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärt, die Ukraine werde in den nächsten 20 bis 25 Jahren nicht EU-Mitglied werden. Dasselbe gelte für eine mögliche NATO-Mitgliedschaft.

04.03.2016	Das Treffen der Außenminister der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands in Paris geht zu Ende. Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault ruft die Ukraine auf, ein Gesetz zu verabschieden, das die Lokalwahlen regelt. Bis Juli sollen die Wahlen abgehalten werden. Sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow erklärt unterdessen, man sei bereit, auf die Separatisten im Donbass einzuwirken, um sie zu einer Zusammenarbeit mit der OSZE zu bewegen. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin betont, die Wahlen würden nur stattfinden, wenn sie nach ukrainischer Gesetzgebung und nach den Standards der OSZE durchgeführt würden. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier äußert sich nach den Gesprächen verärgert über den mangelnden Fortschritt und ruft Kiew und Moskau zu Kompromissen auf.
04.03.2016	Die EU verlängert ihre Sanktionen gegen den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und seine engsten Mitarbeiter um ein Jahr. Lediglich die Sanktionen gegen die ehemalige Gesundheitsministerin Raisa Bohatyrjowa werden aufgehoben.
04.03.2016	Nach Angaben des stellvertretenden Leiters der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Alexander Hug, halten sich die Separatisten nicht an die am 02. März 2016 vereinbarte Einstellung von Gefechtsübungen entlang der Frontlinie.
04.03.2016	Ein Pressesprecher der EU erklärt, man habe sich mit der ukrainischen Seite auf eine Kompromisslösung bezüglich des umstrittenen Gesetzes zur Einrichtung eines elektronischen Registers der Einkünfte von Staatsbediensteten geeinigt. Ein entsprechendes Gesetz ist eine der Bedingungen der EU für eine Abschaffung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger.
05.03.2016	Ein Anwalt der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die in Russland in Untersuchungshaft sitzt, ruft die russische Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa auf, die Gesundheit Sawtschenkos zu überprüfen. Diese war zuvor zum wiederholten Male in Hungerstreik getreten, nachdem das Gericht den letzten Sitzungstag unvermittelt verschoben hatte.
06.03.2016	Entlang der Frontlinie kommt es weiterhin zu Gefechten. Der ukrainische Generalstab meldet zwei tote ukrainische Soldaten.
06.03.2016	Mark Fejgin, Anwalt der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die in Russland in Untersuchungshaft sitzt, kündigt an, dass nach der Verurteilung Sawtschenkos die ukrainische Staatsbürgerin möglicherweise in die Ukraine ausgeliefert werden könne – im Austausch würden die beiden russischen Geheimdienstmitarbeiter, die in der Ukraine festgenommen wurden, nach Russland überstellt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [<www.laender-analysen.de>](http://www.laender-analysen.de).

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/belarus/>](http://www.laender-analysen.de/belarus/)

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html)

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>](http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/)

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/russland/>](http://www.laender-analysen.de/russland/)

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html)

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>](http://www.laender-analysen.de/ukraine/)

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>](http://www.laender-analysen.de/zentralasien/)

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)